Posener Zeitung.

№ 263. Freitag den 10. November. 1848.

Inland.

Berlin, den 8. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem emeritirten Superintendenten, Pfarrer Zeigermann zu Querfurth, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse zu verleihen.

---

88 (Die Wiener Verträge und das Großherzogthum Posen.) [III. Artikel.] — Schon in zwei Artikeln haben wir nachgewiesen, daß dem an Art. 1. der preußischen Verfassung in Bezug auf das Großherzogthum Posen geknüpften Vorbehalt jede rechtliche Basis fehlt, und daß die den Polen durch den Wiener Traktat, durch den preußisch-russischen Vertrag und durch die K. Verordnungen vom 15. Mai 1815 gemachten Zusicherungen, wenn sie überhaupt einer Erwähnung in der Verfassung bedurften, diese doch nie an der Stelle, wo es sich um das Staatsgebiet handelt, finden konnten.

Die Form des Homagialeides citirt man vergebens, um den klaren Buchstaben der obenerwähnten Dokumente zu entkräften oder zu Gunsten der Polen zu interpretiren; — jene Dokumente haben durch ihre Aufnahme in die Gesetzsammlung Gesetzeskraft erlangt; der Homagialeid aber entbehrt dieser Geltung, weil er nicht auf gleiche Weise promulgirt worden ist. Ob die Form jenes Eides, wie der Deputirte Arntz sie angeführt hat, richtig ist, oder nicht, vermögen wir nicht zu bestimmen, weil das Aktenstück uns nicht zugänglich ist; — zugegeben aber, so ist darauf nicht der geringste Werth zu legen, besonders da sich nicht absehen läßt, welche Elemente unter der polnischen Statthalterschaft auf seine Formulirung bestimmend eingewirkt haben.

Daß nach allem, was in der Posener Sache schon verhandelt worden ist, selbst Deputirte noch die Behauptung aussprechen, was im Großherzogthum Posen katholisch sei, sei als der polnischen Nationalität angehörig zu betrachten, erregt mit Recht unsere Verwunderung. Die katholische Geistlichkeit hat allerdings diese Verwirrung der Begriffe im Landvolke hervorgerufen, indem sie die Ausdrücke polnisch und katholisch für gleichbedeutend ausgab; — die vielen deutschen Katholiken, namentlich die in den Grenzkreisen würden aber nicht wenig staunen, wenn sie auch ihre in Berlin tagenden Vertreter in diesem Irrthume befangen sähen. Ueberhaupt finden wir es seltsam, wo nicht unredlich, daß man so beharrlich fortfährt, die durch amtliche Zählung ermittelte Zahl der Deutschen in dem für Deutschland abgezweigten Theile des Großherzogthums wegzuläugnen; es sprechen auch andere Urkunden laut genug für ihre Existenz. Oder hätte man umsonst im K. Zurufe vom 15. Mai 1815 bestimmt, daß in amtlichen Verhandlungen die polnische Sprache **neben der deutschen** angewendet werden soll? Hätte der polnische Oberpräsident Zerboni di Sposetti am Schlusse des „die Vorbereitung der Jünglinge aus dem Großherzogthum zum Staatsdienste" betreffenden Rescripts vom 20. März 1816 (Amtsbl. 1816 St. 20 S. 417 bis 435) ohne Grund angeführt, daß die beiden in dem Großherzogthum Posen lebenden Sprachen meist von Kindheit an und in den Schulen durch Umgang erlernt werden? — Conversationssprache in den polnischen Familien war doch wohl die deutsche nie!

Wir verlassen diese Materie; die Zahl der Deutschen hat sich in ihrer Opposition gegen das sie bedrohende Polenthum laut genug ausgesprochen; sie kann nicht ignorirt werden von dem, der sie nicht absichtlich ignoriren will.

Gehen wir noch einmal von den Zusicherungen in den K. Verordnungen vom 15. Mai 1815 auf den preußisch-russischen Vertrag vom 3. Mai 1815, der ihnen und dem Wiener Tractat zu Grunde liegt, zurück, so finden wir im Art. III. die Stelle:

„***Les Polonais sujets respectifs des hautes Parties contractantes*** obtiendront des institutions qui assurent la conservation de leur nationalité d'après les formes d'existence politique que chacun des Gouvernements auquels ils appartiennent ***jugera convenable de leur accorder.***"

Offenbar ist hier **nicht von den Polen, die durch die Theilung des Herzogthums Warschau an die contrahirenden Mächte** gekommen sind, sondern von allen Polen, welche dieser Mächte Unterthanen sind, die Rede. Dies erhellt besonders aus den vorausgehenden, den Kaiser von Rußland betreffenden Worten:

„Sa Majesté impériale se réserve, de donner à cet Etat, jouissant d'une administration distincte, l'extension intérieure, qu'Elle jugera convenable,"

d. h. der Kaiser konnte von den polnischen Theilen, die ihm bereits untergeben waren, so viele mit dem Königreich Polen verbinden, als ihm angemessen schien.

Was nun allen Polen, wo es irgend anging, einzuräumen war, (auf alle hatte sich Englands Verwendung in der Note vom 12. Januar 1815 erstreckt) kann das als eine ausschließend für das Großherzogthum Posen und dieses in allen seinen Theilen bindende Verpflichtung angesehen werden? — Hier ruht der Irrthum, der die verhängnißvolle, glücklicherweise in Bezug auf Deutschposen widerrufene Reorganisationsordre und alle späteren Irrungen und Conflikte veranlaßt hat.

Die Zusicherungen bezogen sich auf die Polen in ihrer nationalen Besonderheit, **nicht aber auf irgend einen geographisch begrenzten Raum.** Distrikte im Großherzogthum, die der Deutsche ausschließend bewohnte, kehrten naturgemäß in den unbeschränkten Genuß aller gemeinsamen deutschen und preußischen Rechte zurück, in gemischten Distrikten gebührte jeder Nationalität ihre Geltung, und nur, wo ausschließend Polen wohnten, fand ihre Nationalität ungetheilte Berechtigung.

Die Krone erachtete es für angemessen, die Verpflichtungen, welche sie durch den preußisch-russischen Vertrag und den Wiener Traktat **gegen alle ihr untergebenen Polen** sich auferlegt hatte, bei Occupation der Provinz Posen gegen die in dieser wohnenden Polen besonders auszusprechen, und um der möglichen Annahme vorzubeugen, als würden hierdurch die im Großherzogthume, **also auf preußischem Territorio** wohnenden Deutschen in ihren Rechten beeinträchtigt, richtete sie ihren Zuruf nicht an die Polen allein, sondern **an alle Einwohner der Provinz.** Auch uns Deutschen also hat sie, wie es uns zukam, alle Rechte unserer Nationalität, Sprache, Religion rc. garantirt und den Polen unter uns nirgends ein Vorrecht eingeräumt.

Unsere Nationalität weiset uns an unser gemeinsames deutsches Vaterland und billig folgt uns die polnische Bevölkerung, wo unser Uebergewicht entschieden ist; — mit derselben Nothwendigkeit aber unterwirft sich der Deutsche der Reorganisation im polnischen Sinne, wo die polnische Nationalität vorwaltet; auf beiden Seiten wird der Minorität, wie es billig ist, ihre ungehinderte volksthümliche Entwickelung, Gleichberechtigung der Sprache rc. gewährt.

So und nicht anders liegt das rechtliche Sachverhältniß; so und nicht anders hat man in Frankfurt entschieden und entscheiden müssen. Die Demarkationslinie ist unser Recht; sie ist eine Nothwendigkeit, die der Berliner Beschluß durchaus nicht zu beseitigen vermag.

Posen. (Sitzung der Stadtverordneten vom 8. November.) Anfang der Sitzung 3¼ Uhr. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Schriftführer Herr Hirsch verliest den Magistrats-Entwurf des Geschäfts-Reglements für die Armenpflege. Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, daß vorher seine eigene Vorlage und desgleichen der Bericht der Kommission lithographirt und jedem Mitgliede der Versammlung ein Exemplar Behufs vorgängiger genauer Information zugefertigt werde. Demnach wird die Debatte bis zur nächsten Sitzung vertagt. — Eine Beschwerde des Lehrers Majerski über den Magistrat wird nach dem Beschluß der Versammlung dem Magistrat zur Bescheidung überwiesen. — Dem Bäckermeister Hirse wird der Zuschlag ertheilt zur Lieferung der Semmel, des Gersten- und Roggenbrodes für die städtischen Anstalten zu den Preisen von resp. 1 Sgr. 9 Pf., 6½ Pf. und 4½ Pf. pro Pfund. Gleichzeitig wird der Magistrat ersucht, künftig eine höhere Kaution als 100 Thaler bei so hohen Lieferungsbeträgen festzustellen. — Die Brod- und Semmelstellen in der neuen Brodhalle und an der Stadtwage sollen anderweit verpachtet werden und zwar soll, sofern sie unbedeckt sind, das Licitations-Minimum 20 Thaler sein (für die bedeckten ist es die Summe von 40 Thlr.). Falls die Bäcker in Folge vorgängiger Verabredung auf die Stellen nicht bieten, so sollen selbe auch anderweit an Mehl-, Grütz- und Backwaarenhändler verpachtet werden. — Endlich soll der Magistrat ersucht werden, dergleichen Licitations-Termine hinfort stets durch ein Mitglied seines Collegiums, nicht durch Subalternbeamte abhalten zu lassen. — Ein weiterer Antrag des Magistrats wegen neuer Licitation der Fleischscharren wird angenommen. — Dem Rettungsvereine wird auf sein betreffendes Gesuch an den Magistrat nach dessen Antrag zur Anschaffung von Utensilien eine sofortige Unterstützung von 20 Thalern, für das Jahr 1849 aber ein Zuschuß von 60 Thlr. in vierteljährlichen Raten von 15 Thlr. bewilligt. — Der Vorsteher verliest eine Einladung des Magistrats und der Stadtverordneten von Berlin zur Beschickung eines auf den 22. d. M. nach Berlin ausgeschriebenen Städtetages Behufs Berathung der Prinzipien der neuen Gemeindeordnung. — Die Versammlung beschließt, zunächst eine Kommission von 5 Mitgliedern aus ihrer Mitte zu ernennen, welche gemeinsam mit dem Magistrate eiligst über die Sache berathen und darüber schon am 15. Bericht erstatten soll, ob ein Deputirter nach Berlin zu schicken sei, und für diesen Fall den Entwurf einer Instruktion vorlegen. Zu Mitgliedern werden ernannt die Herren Stadtverordneten Müller, Bielefeld, v. Crousaz, Hanke und Träger. — Die Anlegung eines Trinkwasserbrunnens auf der Zagórzestraße auf Kosten der Stadt wird abgelehnt. — Der Antrag des Magistrats wegen rechtzeitigen Ankaufs von Sand und Pflastersteinen wird genehmigt. — Ein Antrag auf Ausbesserung der beiden großen Wasser-Reservoirs auf dem Markte und desjenigen in der Judenstraße wird der städtischen Baukommission zur Begutachtung überwiesen. — Dem Antrage des Conditor Freundt auf Erlaß der Miethe für das Büffet im Theater, im Betrage von 5 Thlr. 10 Sgr., während einiger freien Vorstellungen, wird beigetreten. — Der Wittwe des Stadtrath Hatsch wird die bisherige Unterstützung von 10 Thaler monatlich, auf fernere 3 Jahre bewilligt. — Der Bericht der Kommission zur Prüfung der Theater-Rechnung wird durch den Schriftführer verlesen. Die Versammlung erklärt sich mit demselben einverstanden. — Vier Consense werden vollzogen. — Der Central-Dombau-Verein zu Cöln fordert zu Errichtung eines Zweigvereins in hiesiger Stadt auf. — Es wird zur Wahl eines unbesoldeten Stadtrathes an die Stelle des verstorbenen Stadtraths Bergenroth geschritten. Die Mitglieder Kolski und Asch vertheilen und sammeln, vom Vorsteher dazu aufgefordert, die Stimmzettel. Das Ergebniß ist Folgendes: von 19 Stimmen hatte Bielefeld 1, Grunwald 1, Kaatz 1, Träger 1, Lüpke 3, Kniffka 12. Demnach ist der Stadtverordnete Major Kniffka zum unbesoldeten Stadtrathe auf 6 Jahre erwählt. Herr Kniffka nimmt die Wahl an. — In der nächsten ordentlichen Sitzung soll die Wahl noch eines unbesoldeten Stadtrathes vorgenommen werden, da Herr Kaufmann Berger die früher auf ihn gefallene Wahl abgelehnt hat. — Der Sportel- und Gebühren-, imgleichen der Depositalrechnung wird, dem Kommissionsantrage gemäß, von der Versammlung Decharge ertheilt. — Schluß der Sitzung 6½ Uhr.

* Posen. — Leichenbegängnisse sind in unserer Stadt während der letzten Wochen, wo die verderbliche Krankheit so viele Opfer gefordert hat, etwas so Alltägliches geworden, daß, nach dem glücklichen Leichtsinn, der im Allgemeinen der menschlichen Natur zu eigen, unsere Mitbürger jenen stets und stets erneuten Trauerzügen kaum noch mehr als die gewöhnliche Aufmerksamkeit widmeten. Da fiel jedoch vor wenigen Tagen ein ähnlicher Zug durch ein überaus zahlreiches und glänzendes Gefolge auf; wir begegneten demselben in der Nähe des katholischen Gottesackers und säumten nicht, dem unbekannten Erdenwaller, der hier zu sanf-

ter Ruh gebettet werden sollte, das letzte Geleit zu geben. Der Zug hielt vor dem Kirchhofsgatter und alsbald traten acht stattliche Männergestalten an den Leichenwagen, hoben schweigend den Sarg herab, trugen ihn gesenkten Hauptes unter den herbstlich kahlen Bäumen dahin, ließen ihn endlich, jede Beihülfe der Todtengräber zurückweisend, sanft hinabgleiten in die mütterliche Erde. Unverkennbar ging die tiefste Bewegung durch die stille Gemeinde, es war an sich ein feierlicher ergreifender Moment; ergreifender ward er, wenn man die persönlichen Beziehungen dieser Scene erfuhr. Der Sarg deckte die irdische Hülle einer Polnischen Edeldame, einer Frau v. R., und jene acht schweigsamen Träger, es waren die sieben erwachsenen Söhne und ein Schwiegersohn der Dahingeschiedenen, die so den letzten Akt kindlicher Liebe und Ehrfurcht, sich selbst zu wahrer Ehre, vollzogen. — Liebe zu den Eltern, besonders zu der Mutter wurzelt tief im Polnischen Charakter; das Bewußtsein davon prägt sich selbst in der ganz vulgären Polnischen Betheuerungsformel aus: jak mamę kocham (wie ich die Mutter liebe.) — In uns rief das düsterschöne Bild, das wir zu schildern versucht, den Wunsch wach, daß doch in diesen Zeiten schlimmster politischer Wirren, da Pole und Deutscher, wie die Sachen einmal liegen, schroff einander gegenüber stehen und aus der gegenseitigen Polemik nicht herauskommen, daß doch da in diesem Wirrsal der politischen Meinungen und Bestrebungen der rein menschliche Standpunkt von der Springfluth der Leidenschaften nicht ganz möchte fortgerissen werden, auf daß der Mensch dem Menschen, von dem Nationalitätsunterschiede absehend, die gebührende Anerkennung nicht versage. Und wahrlich eine Schmach für das Geschlecht des 19. Jahrhunderts, wenn die Brüderlichkeit, die es predigt, nicht einmal in diesem Sinne eine Wahrheit sollte werden können!

† Posen, den 9. November. Es ist im Frankfurter Parlament, wie wir aus unterrichteter Quelle vernehmen, auf Montag den 6. d. ein dringender Antrag angemeldet gewesen, falls die Antwort des Ministers Schmerling auf die an ihn gerichteteten vier Interpellationen in der Posener Angelegenheit ungenügend ausfallen sollten.*) Dieser Antrag bezieht sich auf eine Beschlußfassung des Frankfurter Reichstags über die Giltigkeit des Phillipschen Amendements, soll durch Jordan eingebracht werden, und erfreuet sich der Unterstützung der Fraktionen des Westendhall, Würtemberger Hof, Augsburger Hof, Kasino und v. Vincke. Jedenfalls steht bei der so kompakten Vereinigung der verschiedensten Parteien des Parlaments der energischste Schutz der Deutschposener Interessen in Aussicht. (Die genannten Fraktionen schließen alle Parteien des linken und rechten Centrums und der gemäßigten Rechten in sich.)

♁ Obornik, den 8. Novbr. Nach dem Vorbild des Posen-Schrodaer und des Rogasener Land-Schutzverein ist auch in unserm Kreise die ländliche Deutsche Bevölkerung zu einer ähnlichen Verbindung zusammengetreten. Unser Verein zählt jetzt, kaum 14 Tage nach seiner Gründung bereits gegen 3000 Mitglieder, und zwar fast lauter selbstständige Besitzer. — Das Landvolk in unserm Kreise erfreut sich bekanntlich einer durchgängigen Wohlhabenheit — die mit ihren Familien und dem Gesinde einen Personenstand von etwa 10,000 Köpfen repräsentiren, darunter beinahe die Hälfte streitbare Männer. Der Verein hat sich zum Zweck gesetzt. bei der in unserer Provinz jetzt wieder getrübten Aussicht auf Ruhe und Frieden für den Schutz der Person und des Eigenthums Sorge zu tragen; 60 mit Mandat versehene Vertrauensmänner betreiben in seinem Namen alle vorbereitenden Angelegenheiten. Die Mitglieder unseres Vereins sind nach Naturel und Gesinnung grunddeutsch, kernig schweigsam, verständig. Nicht gegängelt von einer übelberathenen Geistlichkeit erfährt ein Jeder durch freiwilliges Besprechen und Berathen der Nachbarn was die Stunde von ihm erfordert, und einmal in Bewegung gebracht hält er mit ausdauernder Zähigkeit an dem Beschlossenen fest. An dieser ländlichen Bevölkerung hat das Deutschthum in unserer Provinz eine seiner kräftigsten Stützen, und aus Erfahrung überzeugt, mit wie energischem Aufschwung die Gesinnung eines jeden Einzelnen sich hebt im Verbande mit andern Sinnesgenossen, können wir unsern Brüdern in den übrigen Theilen Deutschposens die Stiftung ähnlicher Vereine unter der ländlichen Bevölkerung nicht genug ans Herz legen. Es wird nur einer Anregung durch die geeigneten Personen bedürfen, und das gleiche, in gleicher Weise bedrohte Interesse führt sie zwanglos zu einem desto nachdrücklichern Zusammenhalten.

Berlin, den 8. November. (Spen. Ztg.) Die Abg. Duncker, Wachsmuth, Bredt und viele andere Mitglieder des Centrums, haben einen Gesetzentwurf eingebracht, welchem die Prioritätskommission den Vorrang in der heutigen Abendsitzung zuerkannt hat. Derselbe ist gegen die Zusammenrottungen und Ansammlungen in der Nähe des Sitzungslokals der Nationalversammlung gerichtet. Danach sollen tausend Schritte im Umkreise des Schauspielhauses Volksansammlungen nicht stattfinden dürfen. Angriffe sollen mit 1- bis 10jähriger Festungsstrafe geahndet und die Abgeordneten auch sonst noch gegen äußere Angriffe sicher gestellt werden. Die in Frankfurt beliebte Strafe des Hochverraths konnte hier, wo dieses Verbrechen noch mit dem Tode bestraft wird, nicht angewandt werden.

— Der Abg. Behnsch hat auf Grund dreier, ihm aus Schlesien zugegangenen, der Nationalversammlung mitgetheilten Adressen folgende schleunige Interpellation dahin angemeldet: 1) Ob das Ministerium Kenntniß von dem Uebertritt Ungarischer Krieger auf Preußisches Gebiet habe. 2) Was es für diese Krieger, welche in den Reihen der Feinde des Deutschen Volkes gegen die errungenen Freiheiten desselben und den erklärten Willen seiner gesetzlichen Vertreter nicht kämpfen mochten, zu thun gedenkt? 3) Namentlich ob es diesen Kriegern gestatten wolle, auf Preußischem Gebiete in ihr Vaterland Ungarn zurückzukehren? — Der Abgeordnete Lisiecki gedenkt heute Abend dem Kriegsministerium die Frage vorzulegen: „ob es gegründet ist, daß in den letzten Tagen des Monats Oktober d. J., in Folge reactionärer Bestrebungen der Camarilla in Ballenstädt und auf Grund des von derselben ausgegangenen Ansinnens, der Commandeur einer Preußischen, in Quedlinburg stehenden, Cürassier-Eskadron seine Mannschaft in den Ställen consignirt hatte, um nöthigenfalls zu Stillung eines im Lande Bernburg befürchteten Aufruhrs herbeizueilen?" Die Begründung dieser Anfrage geschieht durch ein Schreiben, welches der Vorsitzende des Bernburger Landtags unter dem 29. v. M. an die hiesige Nationalversammlung gesandt hat.

— Die Beiträge zur freiwilligen Anleihe hatten bis zum 5. d. die Höhe von 10 Mill. 700,000 Thlrn. erreicht. Aus Berlin sind dazu 3 Mill. 36,000 Thlr., darunter 611,000 Thlr. für auswärtige Rechnung und das an die k. Münze aus dem ganzen Preußischen Staat eingelieferte Silbergeräth im Werth von 588,000 Thlr., eingegangen. Zieht man die beiden letztgenannten Summen von den Berliner Beiträgen ab, so vermindern sich diese auf 1 Mill. 917,000 Thl.

— Es hat sich hier ein neues Auswanderungs-Comité gebildet, an dessen Spitze die Brüder Schomburgk, der Schriftsteller Mücke, Hr. v. Nordeck ꝛc. stehen, und das es sich zur Aufgabe gemacht hat, Deutsche Auswanderer in einem überseeischen Welttheil auf einem günstigen Punkt zu einer Colonie zu vereinigen, die mit dem Mutterlande in steter Verbindung bleiben soll. Das Comité wird aus zwei Theilen bestehen, von denen der eine mit auswandert, um an Ort und Stelle die nöthigen Anordnungen zu treffen, der andere aber hier bleibt, um die Auswanderung zu leiten und über alle sie betreffenden Angelegenheiten die nöthigen Aufschlüsse zu geben. West-Australien soll als der Punkt ausersehen sein, wohin die Auswanderung zu leiten wäre. Dem jetzt abgetretenen Pfuelschen Ministerium sind geneue Berichte und Pläne über das Unternehmen mitgetheilt und von demselben, wie man hört, günstig aufgenommen worden.

— In Folge des Aufrufs zur Bildung einer Freischaar hat sich jetzt ein Ausschuß gebildet, welcher durch Maueranschlag alle Kampfeslustigen zur Einzeichnung ihrer Namen an den näher bezeichneten Stellen auffordert. Die Freischärler sollen, wie es in dem Aufruf heißt, überall da, wo, wie in Wien, die Freiheit bedroht ist, verwandt werden!

— Die Senate der Oberlandesgerichte in Halberstadt und Bromberg haben gegen ihre neuernannten Präsidenten, Maercker und Gierke Protest eingelegt, weil sie, ohne zuvor Räthe bei einem Obergericht gewesen zu sein, den Senaten nicht präsidiren könnten.

Danzig, den 4. November. Bereits seit einigen Tagen fanden hier Zusammenrottungen von Arbeitern Statt, welche ihre Beschäftigung, wegen einer von den Arbeitgebern nicht erfüllten, unbegründeten Forderung auf Erhöhung des Lohnes, eingestellt hatten. Es waren größtentheils Brettschneider und die Sache gestaltete sich bedenklicher, als die Renitenten auch ihre Arbeitsgenossen, die Holzhauer auf den Arbeitsfeldern, zwangen, gleichfalls die Arbeit einzustellen und sich ihnen in den Zusammenrottungen und in den Forderungen an die Kaufleute anzuschließen. Gestern Abend erließ der Polizeipräsident v. Clausewitz, unter Androhung härterer Maßregeln, die Aufforderung, zur verlassenen Arbeit zurückzukehren, wenigstens den bisher ausgeübten Zwang, das eingentlich Ungesetzliche des Verfahrens, auf die andern Arbeitslustigen zu unterlassen. Heute früh verbreitete sich das Gerücht, die Widersetzlichen wollten auch eine dritte Arbeitsklasse, die der Sackträger, zur Einstellung der Arbeit zwingen. Es wurde daher gegen 7 Uhr ein Theil der Bürgerwehr allarmirt, um dem Unfug zu steuern. Die Sicherheitsmaßregel mochte wohl die Vermeidung des beabsichtigten Schrittes bewirkt haben, die Sackträger wurden in ihrer Arbeit nicht gestört und die Bürgerwehr konnte um 10 Uhr Vormittags von den Sammelplätzen entlassen werden.

Erfurt, den 3. Novbr. Ich beeile mich, Ihnen die wichtige Nachricht mitzutheilen, daß die hiesige (Preuß.) Grenzfestung von Königl. Sächsischen Truppen besetzt worden ist, (?) während die unserigen nach Altenburg beordert worden sind. Fürwahr, unsere Regierung konnte ihren aufrichtigen Anschluß an das gemeinsame Deutsche Vaterland nicht kräftiger bekunden, als durch jene Verfügung, die darum auch in allen Kreisen den freudigsten Eindruck hervorgebracht hat.

(Frankf. J.)

Bremen, den 1. Nov. Briefe und Zeitungen aus Neuyork bemühen sich, die Demonstration, welche daselbst zum Empfange Friedrich Hecker's stattgefunden hat, auf ihr richtiges Maß zurückzuführen und sowohl die Amerikanische als die rechtlich denkende Deutsche Bevölkerung gegen den Verdacht in Schutz zu nehmen, als stimmten sie zu der Verherrlichung eines Mannes, dessen Thaten und Worte dem Amerikanischen Begriffe von Freiheit und Vaterlandsliebe schnurstracks zuwiderlaufen. Unter dem Ausschusse, welcher die Versammlung in Tammany-Hall leitete, befindet sich nicht ein einziger Mann, der in Neuyork Ansehen oder Geltung hätte; dagegen sind darunter mehrere, von denen geradezu das Gegentheil behauptet werden kann. Die Amerikaner halten es für die Aufgabe des freien Mannes, zunächst seine eigenen Geschäfte mit Redlichkeit, Fleiß und Verstand zu besorgen, dadurch die Achtung seiner Mitbürger zu gewinnen, um dann auch in öffentlichen Angelegenheiten dem Gemeinwohl zu nützen. Sie erkennen die Achtung vor dem Gesetze als die erste Pflicht des Bürgers eines freien Staates. Kein anderes Gefühl als Mitleid oder Verachtung flößt dem Amerikaner eine Rede ein, wie jene, worin Hecker den kläglichen Ausgang seines verbrecherischen und tollen Unternehmens selbst erzählte, seine Freude an der meuchlerischen Ermordung zweier hervorragenden Parlamentsmitglieder in Frankfurt und die Hoffnung aussprach, daß andere ein gleiches Ende finden würden. Amerika ist weit entfernt von Hecker's Ideal einer socialen, rothen Republik. Er versuche es, dafür die Mittel in Bewegung zu setzen, die er in seiner Rede anpreist; er versuche es, den Parlamentsglie-

*) S. d. Beilage unter Frankfurt.

dern „den Strick um den Hals, das Schwert an den Nacken, den Scheiterhaufen unter die Füße zu legen“, die Männer, welche das Vertrauen des Volkes in Staatsämter gebracht, als Verräther anzufallen, Jedem, der an seinem Kreuzzuge nicht theilnehmen will, „die Haut vom Leibe zu reißen“, einen Ausschuß zu ernennen, der es versteht, „zur rechten Zeit und am rechten Ort das Geld herauszuklopfen“ und die ledigen Männer in mobilen Colonnen das Land durchziehen zu lassen, um seine Anordnungen zu vollziehen. Ich kann Sie versichern, daß der Amerikaner in dem Auftreten Hecker's nichts Anderes als ein Gemisch von Bandit und Tollhäusler herausgefunden hat. Die Bürger von Neuyork und darunter alle achtbaren Bewohner Deutschen Ursprungs bedauern, daß sich die städtische Behörde täuschen ließ und Hecker als einem Freiheitshelden die Gastlichkeit der Stadt bezeigte. Eine große Anzahl derselben hat in einem Blatte diesem Bedauern Worte verliehen. Sie heben aus den Beschlüssen der Deutschen Republikaner in Tammanyhall nachstehenden heraus: „Beschlossen, den Republikaner Hecker, den Hauptkämpfer für das republikanische Princip in Deutschland, der als solcher den gastlichen Empfang unserer Stadt genossen hat, mit aller Kraft zu unterstützen, damit er das blutige Banner der socialen Republik, welches er zuerst in Deutschland aufpflanzte, siegreich in sein Vaterland zurücktragen kann.“ In Amerika will man dieses blutige Banner nicht haben, und der gedachte Aufsatz hält den angeführten Beschluß für hinlänglich, um den Abscheu aller Bürger, welche Anspruch auf Achtung in der Gemeine haben, vor solchen Grundsätzen und ihren Vertretern zu erklären. (O.-P.-A.-Z.)

München, den 3. Nov. Nach einem Ministerialrescripte, welches unterzeichnet von dem Minister des Innern, jüngst an alle Polizeibehörden zur Nachachtung ergangen ist, sind alle in Baiern sich aufhaltenden wiener Studenten, von welchen bekannt wird, daß sie sich bei den letzten politischen Bewegungen in Wien betheiligt, ungesäumt von der betreffenden bairischen Polizeibehörde auszuweisen. Neuankommende haben sich über ihr früheres Verhalten durch ein Zeugniß der Wiener Polizeidirektion zu legitimiren, sowie während der Dauer ihres Aufenthalts in Baiern Personen ihrer Bekanntschaft als Bürgen für ihre Aufführung zu stellen. (D. k. Z.)

Wien, den 5. Nov. Aus Grätz meldet die Zeitung, daß die Mur-Insel zwischen der Drau und Mur von den Kaiserlichen besetzt worden sei, die nun gegen Ungarn marschiren. Alle Oesterr. Offiziere in der Ungarischen Armee sollen amnestirt werden, wenn sie binnen 14 Tagen zurücktreten. Das heutige Zeitungsblatt enthält auch zum ersten Male wieder auswärtige Nachrichten.

— Seit heute früh ist die Verbindung zwischen der Stadt und den Vorstädten gänzlich hergestellt: Abends 7 Uhr werden jedoch die Thore gesperrt. Die Verhaftungen währen fort: Hauck, Gritzner, Tausenau und andere Häupter der Radikalen sind noch nicht aufgefunden. Gestern wurden auch die beiden Emissare Kossuth's, Berger und der Redacteur der „Gassen Zeitung“, Terczy, verhaftet. Die Reichstags-Deputirten haben sich fast alle von hier entfernt. Der Fürst Windischgrätz verwaltet bis jetzt sein Amt sehr milde. Morgen tritt bereits eine Abtheilung der Armee des Banus den Rückmarsch in ihre Heimath an. — Aus Ungarn fehlen alle direkte Nachrichten, da der Postenlauf unterbrochen ist. — Kossuth, Pazmandy und Pulsky leiten die dortigen Angelegenheiten.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 3. Novbr. Es bereiten sich hier ganz ernste Dinge vor. Die Emeute hat sich verkrochen, allein sie lauert im Winkel auf eine günstige Gelegenheit. Wir können bei der Präsidentenwahl leicht zwei oder drei Emeuten haben. Da sind die Rothen mit Lebru-Rollin, den man bald Catilina, bald Danton nennt, und das ist zu viel und zu wenig, denn er ist weiter nichts als ein Epikuräer, den Ehrsucht oder Geldnoth zu Zeiten aus seiner Trägheit aufscheucht. Cavaignac ist es gegangen, wie Lamartine; er hat es mit beiden Parteien verdorben. Er ernennt Dufaure und Vivien zu Ministern und schickt rothe Republikaner als Präfekten in die Provinzen; auch der Polizeipräfekt ist ein rother. So zersplittern sich die Parteien und die Sympathien wenden sich immer entschiedener und zahlreicher dem Prinzen Louis zu; er hat freilich einen Französischen Offizier verwundet, er hat die Farce mit dem lebendigen Adler gespielt, er hat sich schwer an Louis Philipp versündigt, aber er ist der Neffe seines Oheims, er hat seine politische Zukunft an keine Partei gebunden, man weiß nicht, was er will, daher man Alles von ihm hoffen kann.

— Wer wird Präsident der Republik werden? Diese Frage ist der Hauptgegenstand aller Gespräche, aller Zeitungsartikel, aller Plakate. Eine Carricatur verdrängt die andere. Wir sahen gestern eine solche, deren Zusammensetzung folgende ist: Der Schäfer Paris steht in der Mitte einer Candidatengruppe. Man erkennt in derselben Ludwig Bonaparte, Lamartine, Cavaignac, Lebru-Rollin und einige Schatten mit mehr oder weniger langen Nasen. Zaudernd hält Paris den Apfel; endlich überreicht er ihn dem Neffen des Kaisers, der ihn mit einer tiefen Verbeugung empfängt. Cavaignac, darüber wüthend, rückt seine Militairmütze übers Ohr und schlägt an seinen ungeheuren Säbel; Lamartine erfaßt ein Zephyr und entführt ihn in alle Lüfte; Lebru-Rollin, die Stirn keck in die Höhe hebend, blickt hohnlächelnd über diese Scene hinaus.

— Aus Italien erfährt man, daß Garibaldi sich in Genua mit 70 seiner Getreuen nach Sicilien eingeschifft hat, um dort Guerillabanden gegen die Königlichen zu organisiren. Die neapolitanische Regierung hat sich bereits für das Princip des italienischen Staatenbundes erklärt.

— Bereits in mehreren Verhältnissen tritt hier sehr deutlich heraus, daß die Republik nur auf den materiellen Nutzen bedacht ist, und demselben alles rein Schöne opfert. Auch das Lustwäldchen von Vincennes, der schönste Spaziergang der Pariser, ist von der auf den Nutzen bedachten Republik bereits dem Untergange geweiht; es wird vermessen, in Abtheilungen gebracht und das Holz soll niedergeschlagen und verkauft werden. Wenn das schon am grünen Holze geschieht, meint ein hiesiges Blatt, was solle dann am alten Stamme werden?

Großbritannien und Irland.

London, den 31. Oktober. Heute soll eine große Versammlung der „Freunde des Friedens“ in der Exeter-Hall stattfinden. Es werden dort die Männer wieder zusammentreten, welche unlängst den „Friedens-Kongreß“ in Brüssel gehalten und sofort der Britischen Regierung die in Brüssel votirte „Adresse an alle Regierungen Europa's und Amerika's“ überreichen, der zufolge fortan internationale Streitigkeiten nicht mehr durch das Schwert, sondern durch Schiedsgerichte ausgemacht werden sollen. Die Times spottet über diese „wohlmeinenden, aber Menschennatur und Geschichte gänzlich verkennenden nüchternen Schwärmer, zur Hälfte aus Quäkern, wie Elihu Burritt, zur anderen Hälfte aus Baumwoll-Philosophen von Cobden's Schule bestehend.“ Den milden Lord John Russell zu dieser Doktrin zu bekehren, meint dies Blatt, das möchte allenfalls gelingen; aber einem Lord Palmerston den „Immanuel Kant vom ewigen Frieden“ begreiflich zu machen, das würde viel schwerer sein. Gestern machte diese Deputation dem Minister Lord J. Russell ihre Aufwartung. Der Minister meinte, der Zweck solcher Kongresse sei löblich, ihr Ziel aber, der allgemeine Friede, bei den jetzigen gegenseitigen Verhältnissen der Nationen schwer zu erreichen.

Schweiz.

Bern, den 1. Nov. Alles in unserer Stadt ist beschäftigt, den National- und Ständeräthen einen möglichst festlichen Empfang zu bereiten. Die Kantonal- und Stadtbehörden sowie das Publikum wetteifern mit einander, die obersten Bundesbehörden würdig zu begrüßen. Ein glänzendes Banket im Theater und die Illumination der Stadt, in welcher kein Fenster unbeleuchtet bleiben soll, werden die Glanzpunkte des festlichen Tages bilden. In Freiburg, wo die Ruhe äußerlich hergestellt ist, werden sehr viele Verhaftungen vorgenommen und die Occupationstruppen nur bei Conservativen einquartirt. Der Bischof übergab vor seiner Abreise aus Freiburg die Verwaltung des Bisthums einer Commission, bestehend aus den zwei Generalvicarien Maullei und Yendli, denen Chassot als Secretär beigegeben ist. Sie haben bereits ein sehr aufregendes Schreiben an die Geistlichkeit erlassen. Die Conferenz der Abgeordneten der Diöcesanstände wird sich auch mit dieser neuen Angelegenheit zu befassen haben. — Germain Metternich hält sich eben in Genf auf. Die Französische Regierung hat ihn auf Begehren des Reichsverwesers weggewiesen.

Türkei.

Alexandria, den 14. Oktober. Laut den heute aus Kairo vom 12. erhaltenen Briefen hat sich der Gesundheitszustand unsers neuen Vicekönigs, Ibrahim Pascha, nicht gebessert, sondern sich eher verschlimmert; man hat auf Befehl der Regierung öffentliche Gebete für seine Erhaltung in allen Moscheen verlesen lassen. Dies ist ein schlimmes Zeichen. Uebrigens kann man wenig Bestimmtes über seine Krankheit erfahren, da sein wahrer Gesundheitszustand so viel als möglich von den ihn umgebenden Aerzten verheimlicht wird. Mehemed Ali befindet sich noch immer mit Geistesschwäche behaftet in Schubra. — Der Nil ist dieses Jahr auf eine Höhe gestiegen, wie er seit Menschengedenken nicht gewesen; er ist aus seinen Ufern getreten und hat alle angrenzenden Dorfschaften überschwemmt. Auch die ganze Durah-Aerndte, ein Haupt-Nahrungsmittel der Eingebornen, ist zu Grunde gerichtet, was großes Elend unter dem Landvolk hervorrufen wird. Dagegen hat Ibrahim Pascha den Armen ein Drittel der Kopfsteuer erlassen, und ein anderes Drittel soll noch von den Armen auf die Vermögenden übertragen werden; dieser Nachlaß wird ihn sehr populär machen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Fünfundneunzigste Sitzung, vom 7. November.

Präsident v. Unruh eröffnet die Sitzung um $9\frac{3}{4}$ Uhr.

v. Auerswald (Frankfurt), als persönliche Bemerkung: Aus dem stenographischen Bericht über die 92. Sitzung ersehe ich, daß der Abg. Jacoby gesagt: Die traurige Lage des Landes sei das Erbtheil dreier Ministerien, denen es an Fähigkeit oder an Willen gefehlt, den Bestrebungen der Camarilla entgegenzutreten. Da ich an einem dieser Ministerien Theil genommen, fühle ich mich veranlaßt auf diese Beschuldigungen etwas zu erwidern. Wenn die vom Abg. Jacoby gebrauchte Phrase einen Sinn haben soll, so kann es nur der sein, daß die Ministerien einen Einfluß außerhalb der verfassungsmäßigen Gewalten gestattet haben. Ich weise die Verdächtigungen mit Verachtung zurück. — Der Präsident erinnert den Redner, daß er sich innerhalb der Grenzen der parlamentarischen Debatte zu halten habe, worauf dieser fortfährt: Ich glaube nicht, daß der Tag anbrechen wird, an welcher ich einer Camarilla oder den Clubs den Hof machen werde. Ich stimme mit dem Abgeordneten Jacoby darin überein, daß die gegenwärtige Lage des Landes eine ernste ist, er wird mich aber nicht überreden, daß bloß die Umtriebe einer Camarilla die Schuld davon tragen. (Bravo rechts, Zischen links.) — Jacoby, als persönliche Bemerkung: Ich werde mich durch die Aeußerungen des vorigen Redners nicht dazu hinreißen lassen, ihm auf dieselbe unparlamentarische Weise zu erwidern, und bemerke nur, daß ich im Stande bin, für alle meine Behauptungen den Beweis zu führen, was ich im Augenblick nur deshalb nicht thun kann, weil der Gegenstand nicht auf der Tagesordnung steht. (Bravo von der Linken und dem Centrum, Zischen rechts.) — v. Auerswald bemerkt vom Platze aus, daß er diesen Beweis erwarten werde.

Hierauf wird über die inzwischen gedruckten Amendements, welche gestern bei verschiedenen Anträgen der Petitionskommission angenommen, nochmals abgestimmt, und sämmtliche Amendements werden wiederholt angenommen.

Man geht hierauf zur Tagesordnung, dem zweiten Bericht der Petitionskommission, über, welchen Berichterstatter Bauer (Berlin) verliest.

Zwei dringenden Anträgen ist von der Prioritätskommission der Vorrang vor der Tagesordnung eingeräumt worden. — Der erste ist von den Abg. v. Kirchmann, Kämpf, Hildenhagen, Spitzel, Heisig, Haußmann, und lautet: „die hohe Versammlung wolle beschließen, daß in der mor-

genden Vormittagssitzung, auch wenn das neue Ministerium nicht erscheinen sollte, mit der Berathung des Gesetzes über die unentgeldliche Aufhebung der Lasten fortgefahren werden soll."

Schmidt (Landeshut) ist für den Schluß, indem er bemerkt, die Annahme des Antrages werde die Krone vermögen, die Bildung des neuen Ministerii zu beschleunigen. — Der Schluß wird demnächst angenommen, und bei der darauf folgenden Abstimmung nimmt die Mehrheit auch den Antrag mit dem von Wachsmuth gestellten Zuwachs-Amendement an, welches hinzufügt: „und die mit der Vertretung des Staatsministerii beauftragten Herren Minister um ihre Gegenwart zu ersuchen.

Der zweite dringende Antrag ist der der Abg. D'Ester und Temme: „Die hohe Versammlung wolle beschließen: der Herr Minister des Innern ist aufzufordern, die Bekanntmachung wegen Requisition des Militairs bei Unruhen in der Stadt sofort zurückzunehmen."

Temme verliest zunächst das Eichmannsche Plakat vom 1. Nov., und hält die Bekanntmachung vom 29. März entgegen, nach welcher die Aufrechthaltung der Ruhe in der Stadt lediglich der Bürgerwehr überlassen bleiben, und das Militair nur im äußersten Nothfall und nur auf Requisition des Commandeurs der Bürgerwehr oder der städtischen Behörden einschreiten soll. Der Redner verliest ferner einen Theil von dem Rescript des Ministers des Innern vom 31. v. M.) in welchem der Inhalt jener Bekanntmachung noch als zu Recht bestehend anerkannt wird, auch seien in einer Deklaratoria vom 31. März die dort erwähnten städtischen Behörden als Magistrat und Stadtverordnete näher bezeichnet worden. Das Plakat vom 1. d. M. widerspreche den früheren Bestimmungen, indem es den Commandeur der Bürgerwehr übergehe, und den Polizeipräsidenten als zur Requisition berechtigt hinzufüge. Dieß Plakat erkenne selbst an, daß die Bürgerwehr die Ruhe wieder hergestellt, und doch werde der Regierung das Recht vindicirt, militairische Hülfe zu requiriren. Der Minister des Innern befinde sich dabei vollständig auf ungesetzlichem Boden, es sei denn, daß man alle zur Zeit der Revolution dem Volke gemachten Versprechungen desavouiren wolle. Schnelle Zurücknahme des Erlasses sei um so nothwendiger, als die Bekanntmachung viel zur allgemeinen Aufregung beigetragen habe, und als der Anfang eines Staatsstreichs betrachtet werde.

Kühnemann und Baumstark gegen, Berends und D'Ester für die Dringlichkeit. Letzterer erklärt: Wenn übrigens ein Grund gegen die Dringlichkeit aus der Abwesenheit des Ministers entnommen wird, so wollen wir unsern Antrag bis morgen Abend zurückziehen, für welche Sitzung die Anwesenheit des Ministers verlangt werden kann. — Es entsteht nun Streit darüber, ob dieses Zurückziehen des Antrages die Abstimmung über die Dringlichkeit noch zulasse. Der Präsident spricht sich dagegen aus, bemerkt aber, daß der Antrag für morgen nochmals an die Prioritätskommission gehen müsse.

Nachdem hierauf Vicepräsident Bornemann den Vorsitz übernommen, wird mit Verlesung des Petitionsberichts fortgefahren. Die einzelnen Petitionen sind größtentheils nur von ganz particularem Interesse, die Anträge der Commission gehen auf Uebergang zur Tagesordnung oder Ueberweisung an die betreffenden Ministerien, und die Versammlung tritt gewöhnlich den Commissionsanträgen, ohne weitere Debatte bei. — Nur einige Petitionen sollen hier hervorgehoben werden.

Ein Hr. F. v. Brandenburg zu Memel, welcher sich als Verkünder einer besseren Temperatur, Entdecker der wahren Entstehungsursache der Cholera morbus und den Stifter eines neuen naturgemäßen Weltsystems bezeichnet, nimmt die Theilnahme der Versammlung für seinen gegenwärtigen Nothstand um so mehr in Anspruch, als er, obgleich von der Vorsehung mit überschwänglichen Gaben ausgestattet, bisher doch unbeachtet, unbelohnt, arm und verlassen geblieben sei, und hofft, daß für jetzt seiner Noth durch Veranstaltung einer Collekte abgeholfen werden wird. — Die Commission beantragt Tagesordnung, die Versammlung tritt bei.

Die Beamten mehrerer Eisenbahnen bitten die Versammlung um Vermittelung zur Verbesserung ihrer bisherigen Dienstverhältnisse, indem sie die einzelnen zu berücksichtigenden Punkte besonders bezeichnen. — Die Kommission hält die vorgetragenen Wünsche für gerecht und billig, glaubt aber, daß die Versammlung zu ihrer Erreichung nicht einwirken könne, weil die Stellung der Eisenbahnbeamten wesentlich auf privatrechtlichen Verträgen beruhe, da aber bei allen Bahnen Königliche Commissarien mitwirken, die vielleicht etwas zu Gunsten der Bittsteller vermitteln könnten, so beantragt die Kommission: die Bittschrift an den Herrn Finanzminister mit dem Anheimstellen abzugeben, sie nach Möglichkeit bei den einzelnen Direktionen unterstützen zu lassen. — Schramm (Striegau) beantragt, hierbei einzuschalten: die gerügten Uebelstände bei Genehmigung von Eisenbahnstatuten zu berücksichtigen. — Berichterstatter Bauer schließt sich dem an, und der Kommissionsantrag wird mit diesem Zusatz angenommen.

18 Gemeinden und 1 Wahlmann des Striegauer Kreises in Schlesien beantragen die Errichtung von Kreditanstalten für ländliche Grundstücke in ähnlicher Art wie die Pfandbrief-Systeme für Rittergüter, so wie die Errichtung von Landrentenbanken Behufs Erleichterung der Ablösung der Reallasten; endlich aber auch die Ermäßigung des Zinsfußes. — Die Commission beantragt: Auszüge der betreffenden Bittschriften, so weit sie diese Anträge betreffen, dem Hrn. Minister für die Landwirthschaft zur möglichsten Berücksichtigung bei der bevorstehenden Revision der Agrargesetzgebung zuzustellen. Berichterstatter Bauer schließt dem Kühnemannschen Amendement sich an. Es lautet: „Die hohe Versammlung wolle beschließen: Die Anträge den vereinigten Commissionen für Finanzen und Agrarverhältnisse mit dem Auftrage zu überweisen, einen Plan für ländliche Kreditinstitute auszuarbeiten, und der Versammlung vorzulegen." Dieses Amendement wird einstimmig angenommen.

Die Tagearbeiter zu Striegau in Schlesien verlangen, daß das Heirathen vor dem 25. Jahre verboten werde. Tagesordnung. Die Gemeinde Seichau in Schlesien beantragt: die Einführung einer gleichmäßigen Kleidung aller Preußischen Staatsbürger ohne Unterschied der Stände. Eine Ausnahme soll nur bei den Amtskleidungen der Beamten und bei den Anzügen der Verbrecher gestattet sein. Ein jeder, welcher die allgemeine Nationalkleidung nicht trägt, muß dafür eine gewisse Steuer an die Ortsarmenkasse entrichten. Die Gemeinde Hertwichswaldau, Kreis Jauer, verlangt Auslieferung der dortigen katholischen Kirche an die evangelische Kirchgemeinde; diese Kirche steht von den Katholiken unbenutzt und ist bereits seit 1836 für erloschen erklärt. Die Commission beantragt Verweisung an das Ministerium. Abg. Haase erläutert das Sachverhältniß. Nach dem 30jährigen Kriege nahm man den Schlesischen Protestanten fast alle ihre Kirchen. Nicht überall fanden sich katholische Gemeinden, um sie in Besitz zu nehmen, und so blieben viele ganz unbenutzt, und wurden deshalb in neuerer Zeit von den Protestanten reklamirt. Ein Gesetz vom 13. Mai 1833 bestimmt die Fälle, in denen diesen Reklamationen zu genügen ist, seine Ausführung ist aber in neuerer Zeit wieder auf Hindernisse gestoßen. Es sind sehr viele Petitionen aus Schlesien ähnlichen Inhalts eingegangen. Der Abg. beantragt Verweisung an die Commission für Kirche und Schule, damit diese ein Gesetz über die Angelegenheit vorlege. Uhlich, Schmidt (Landshut) und Behnsch sprechen für dies Amendement, Kruhl dagegen, weil Friedrich der Gr. den kirchlichen Status quo in Schlesien garantirt habe. Das Amendement wird angenommen. — Die Sitzung wird um 2 Uhr geschlossen und die nächste auf morgen früh 9 Uhr angesetzt.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Dein Grab! Da lieg ich auf der kalten Erde,
Sie kühlt das heiße Weh' in meiner Brust.
Der Kummer, mir ein treulicher Gefährte,
Ergießt in Thränen sich um Deinen Verlust!

Berliner Börse.

Den 8. November 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$75\frac{1}{4}$	$74\frac{3}{4}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$92\frac{1}{4}$	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	—	82
Grossh. Posener „	4	$95\frac{1}{4}$	—
„ „	$3\frac{1}{2}$	—	$77\frac{3}{4}$
Ostpreussische „	$3\frac{1}{2}$	$87\frac{3}{8}$	$86\frac{7}{8}$
Pommersche „	$3\frac{1}{2}$	—	$89\frac{5}{8}$
Kur- u. Neumärk. „	$3\frac{1}{2}$	—	$89\frac{1}{4}$
Schlesische „	$3\frac{1}{2}$	90	—
„ v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	$85\frac{7}{8}$	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{11}{12}$	$12\frac{5}{12}$
Disconto	—	$3\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	79	—
„ Prioritäts-	4	—	$82\frac{1}{2}$
Berlin-Hamburger	4	63	—
„ Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$88\frac{3}{4}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	52	—
„ „ Prior. A. B.	4	78	—
„ „ „	5	—	87
Berlin-Stettiner	4	86	—
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$73\frac{1}{2}$
„ Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$88\frac{3}{4}$
Magdeburg-Halberstädter	4	—	104
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	68	—
„ Prioritäts-	4	$82\frac{1}{4}$	—
„ „	5	—	$94\frac{1}{2}$
„ „ III. Serie	5	$88\frac{3}{4}$	$88\frac{1}{2}$
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	$88\frac{3}{4}$	—
„ „ B.	$3\frac{1}{2}$	$88\frac{3}{4}$	—
Rheinische	—	—	—
„ Stamm-Prioritäts-	4	67	—
„ Prioritäts-	4	—	—
„ „ v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	50	—
Stargard-Posener	4	66	—

(Mit einer Beilage)

Inland.

Nachdem der bisherige Minister-Präsident und Kriegs-Minister, General der Infanterie von Pfuel, so wie die Staats-Minister Eichmann und von Bonin und der Wirkliche Geheime Rath Graf von Dönhoff, von Mir auf ihr Ansuchen von der Leitung der ihnen anvertrauten Ministerien entbunden worden sind, habe Ich 1) den General-Lieutenant Grafen von Brandenburg zum Minister-Präsidenten, 2) den bisherigen Minister-Verweser von Ladenberg zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, 3) den bisherigen Direktor im Ministerium des Innern, v. Manteuffel, zum Minister des Innern und 4) den Kommandanten von Saarlouis, General-Major von Strotha, zum Kriegs-Minister ernannt. 5) Die Verwaltung des Justiz-Ministeriums wird einstweilen der bisherige Justiz-Minister Kisker beibehalten. Zugleich habe ich dem General-Lieutenant Grafen von Brandenburg die intermistische Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und dem neu ernannten Minister des Innern die interimistische Leitung des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten übertragen. Mit der Wahrnehmung des Finanz-Ministeriums habe Ich vorläufig den General-Steuer-Direktor Kühne und mit der Wahrnehmung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vorläufig den Wirklichen Geheimen Ober-Finanz-Rath von Pommer-Esche beauftragt.

Mein gegenwärtiger Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Sanssouci, den 8. Nov. 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

kontr. Graf von Brandenburg.

An das Staats-Ministerium.

---

*Bromberg, den 6. Nov. (Verspätet.) In Folge eines von dem Central-Bürgerausschusse für den Netzdistrikt unterm 30sten v. M. erlassenen Aufrufs fand gestern auf dem schon öfters zu diesem Zwecke benutzten neuen Markte hier eine ziemlich zahlreich besuchte Volksversammlung statt, zu der sich namentlich, mit Vollmachten von ganzen Ortschaften versehn, gegen 200 Deputirte aus den meisten Kreisen des Netzdistrikts eingefunden hatten. Herr Seminar-Direktor Dr. Grützmacher eröffnete die Versammlung, und hieß die Anwesenden — unter denen auch 3 Deputirte aus der Stadt Posen — mit herzlichen Worten willkommen. Herr Justiz-Commissarius Wolff, mit seiner wohltönenden Kraftstimme, hielt demnächst den Hauptvortrag. Ein im Entwurf gedruckter „Protest gegen die Beschlüsse der Berliner constituirenden Versammlung vom 23. und 26. Oktober c. in Bezug auf die Provinz Posen“ wurde von der Volksversammlung zum Beschlusse erhoben; die Aufforderung zu einer Verbrüderung unter den Deutschen, um den Bestrebungen der Polnischen Liga entgegenzutreten, mit Jubel begrüßt. Herr Direktor Dr. Barth aus Posen sprach hierauf Namens der Posener Deutschen Bevölkerung den Wunsch aus, daß man hier und dort bei dem heute begonnenen Werke sich die Hand bieten und einmüthig festhalten möge an dem gemeinsamen Deutschen Vaterlande. Der stürmische Ruf, mit dem die Versammlung am Schlusse dieser längern Rede in das auf Deutschland ausgebrachte Hoch einstimmte, zeugte für die gewiß erfolgreiche Wirkung dieser Ansprache. Denselben erfreulichen Eindruck machte eine Adresse des Posener Landschutzvereins, welche Herr Barth verlas und dem Central-Bürgerausschusse überreichte. Schließlich trat noch Herr v. Leipziger aus Pietrunke (Kreis Chodziesen) mit großem Erfolge auf, indem er die Spottnamen „Netzbrüchler“ und „Netzbrüder“, mit welchen uns die Polnische Partei beehrt, bestens acceptirte, in der gewissen Zuversicht, es werde, wie anderwärts schon oft, auch hier der Spottname zum Ehrennamen werden. Nach dem Schlusse der Volksversammlung fand im Colossäum — demselben Lokale, in welchem 8 Tage früher die erste Versammlung der Liga polska — leider durch rohe Gewalt — gestört worden, zwischen dem Central-Bürger-Ausschusse und den Deputirten des Netzdistrikts eine weitere Besprechung über die in's Leben zu rufende Verbrüderung statt, deren Resultate auf anderm Wege zur Kenntniß der Betheiligten kommen werden. Der oben erwähnte Protest lautet, wie folgt:

„Die Annahme des §. 1 des Verfassungsentwurfs im Verein mit dem Amendement Phillips in den Sitzungen der Berliner constituirenden Versammlung vom 23. und 26. Oktober hat die deutsche Bevölkerung der Provinz Posen mit gerechtem Schmerz und tiefer Entrüstung erfüllt. Daß Polen solchen Beschlüssen ihre eifrige Zustimmung geben, darüber wird sich Niemand wundern, daß aber auch deutsche Männer die heiligsten, begründetsten Rechte ihrer Volksgenossen so tief und doch so leichtsinnig verletzen werden, das ließ sich nicht erwarten. Dennoch ist es geschehen; Deutsche, die in Berlin das Wohl eines deutschen Staates berathen, wollen uns aus den Armen des großen Vaterlandes reißen, in die uns dieses liebevoll geschlossen, nachdem wir uns als seine ächten, getreuen Kinder in den Tagen der Gefahr und Noth bewährt hatten; Deutsche wollen uns aus dem Vaterhause stoßen und uns unserm Erbfeinde preisgeben.

Wir wollen für solchen Angriff auf unsere Nationalität, auf unser ganzes Wohl den mildesten Erklärungsgrund annehmen, wir wollen ihn nicht bösem Willen, sondern leidenschaftlicher Verblendung und grober Unwissenheit zur Last legen; aber selbst diese Auslegung mahnt uns dringend zu kräftigem, ausdauerndem Widerstande gegen jene Berliner Beschlüsse, zu einem Widerstande, der eben so sehr innerlich in den Verhältnissen des Deutschthums dieser Provinz, als äußerlich in den bereits vorhandenen, unwiderruflichen Frankfurter Beschlüssen seine Rechtfertigung findet. Das Deutschthum war bereits zur Zeit des untergegangenen polnischen Reiches eine bedeutende Macht in den Gegenden der jetzigen Provinz Posen, bedeutend durch materielle und geistige Mittel; seit dem Jahre 1815 aber ist es mit überraschender Schnelligkeit gewachsen, also daß gegenwärtig in den nördlichen und südlichen Grenzkreisen und in den größeren Städten besonders fast der ganze Grundbesitz sammt dem Handel und den Gewerben in den Händen der Deutschen ist, die auch fast allein Vertreter der wissenschaftlichen Bildung sind. Was war also natürlicher, als daß das deutsche Volk dieser Landstriche, als ihm in den Märztagen gestattet wurde, seine Wünsche zu äußern und geltend zu machen, als es durch die Maßlosigkeit einer polnischen Partei und eine mit Gräuelthaten bezeichnete Insurrektion sich aufs äußerste bedroht sah, laut und dringend den politischen Anschluß an Deutschland forderte, mit dem es durch alle nationalen Bande längst vereinigt war. Die preußische Regierung mußte dem unwiderstehlichen Verlangen des Volkes nachgeben und den politischen Anschluß an Deutschland in Frankfurt beantragen. Der Bundestag zuerst, dann die Nationalversammlung erkannte, was mit aller Macht zu dem geliebten Vaterlande sich hindränge, das dürfe man nicht zurückstoßen; wir wurden förmlich und feierlich aufgenommen in das große deutsche Vaterhaus, und das ist unser wohl erworbenes äußeres Recht, das wir uns nun und nimmermehr wieder wollen rauben lassen.

Darum verwahren wir uns feierlichst gegen alle Folgen, die aus dem Votum der preußischen constituirenden Versammlung am 23. und 26. Oktober im Sinne der Polen entspringen könnten, und protestiren namentlich auch gegen das in Aussicht gestellte organische Gesetz, durch welches der Bevölkerung dieser Provinz Privilegien im polnischen Sinne aufgebürdet werden sollen; wir bestreiten, daß selbst aus dem Besitznahmepatent vom Jahre 1815, wenn man unter den heutigen ganz veränderten politischen und Völker-Verhältnissen sich noch auf die Verträge jener Zeit berufen darf, irgend ein territoriales Recht für die Polen folgt, irgend ein Recht, das ihnen nicht schon durch die Frankfurter Versammlung mit der Annahme des Marekschen Antrages gewährt wäre. Wir bestreiten ferner der Berliner Versammlung entschieden das Recht, Beschlüsse der Frankfurter Versammlung, namentlich diejenigen, durch welche die Ausdehnung des Reichsgebiets bestimmt wird, durch ihr Votum aufzuheben; wie weit Deutschland reichen soll, das wenigstens muß völlig dem Ermessen der Körperschaft, die ganz Deutschland vertritt, also dem Frankfurter Parlament im Verein mit der Centralgewalt überlassen bleiben. Durch den Beschluß jener Versammlung vom 27. Oktober ist der Grundsatz anerkannt worden, daß die nicht-deutschen Länder deutscher Fürsten zu den deutschen nur im Verhältniß der Personalunion stehen dürfen; wenn es also der Berliner Versammlung gelänge, ihren Beschluß durchzusetzen, uns das deutsche Vaterhaus zu verschließen, so dürften unsere Vertreter fernerhin nicht einmal in Berlin mit den übrigen Vertretern des preußischen Volks tagen, wir dürften nicht mehr Deutsche, ja nicht einmal Preußen sein, wir wären der Willkür von Deutschlands unversöhnlichem Feinde preisgegeben. Bleibt uns nun noch eine andere Wahl, als unser Recht zu behaupten oder unterzugehen? Wäre es nicht Verrath an uns selbst, an Deutschland und Preußen, das 500,000 treu gesinnte Angehörige verlöre, wenn wir auch nur ein Haar breit nachgäben, wenn wir nicht aufs Neue laut und dringend die Forderung stellten:

daß ungesäumt die Demarkationslinie gezogen, daß der Provinzialverband gelöst und der Netzgau zu Westpreußen geschlagen werde.

Saumseligkeit und Schwäche in dieser Hinsicht könnte die Veranlassung zu unsäglichem Unheil werden, mögen daher diejenigen, welche hier etwas zu thun haben, ihre Pflicht erkennen, daß sie nicht eine ungeheure Verantwortung auf sich laden.“

a Fraustadt, den 7. Nov. Während sich jetzt überall wieder frisches deutsches Leben regt, läßt sich bei uns der alte Michel aus seinem Schlafe nicht erwecken. Während die sogenannten ruheliebenden Bürger in dem süßen Glauben leben, Stadt und Kreis werden ohnfehlbar in kürzester Zeit zu Schlesien geschlagen werden und jede Bewegung in deutschem Sinne sei überflüssig und unbequem, beschäftigt sich ein anderer Theil mit ultra-demokratischen Rodamontaden, die mit Allem Andern mehr als mit der wahrhaft deutschen Sache zu thun haben, und nur zu unnützen Excessen führen. Von Protesten gegen den neuesten Beschluß der Berliner National-Versammlung, in Betreff der Posener Frage ist bis jetzt wenigstens noch nichts ins Leben getreten.

Seit dem Anfang dieses Monats erscheint hier allwöchentlich eine Nummer eines neuen Volksblattes, welches sich in seinem Programm als ein wahrhaft demokratisches Blatt ankündigt und sich zum Ziel setzt, für Belehrung, Bildung und Aufklärung des Volks zu wirken „Nur dann, wenn jeder im Volke sich von seinen Beschlüssen genaue Rechenschaft geben kann, wird die wahre Demokratie hergestellt sein,“ heißt es in dem einleitenden Aufsatze und wir können dem nur vollkommen beitreten, aber wir wünschten noch in dem Programme ausgedrückt, daß das Blatt in dem noch unausgekämpften Streite der beiden Nationen entschieden für die deutsche Sache in die Schranken trete. Es scheint dies um so nothwendiger, als ein nicht geringer Theil unserer deutschen Gutsbesitzer, verleitet durch die Zutrauen erweckende Persönlichkeit und die gemäßigten Ansichten des Hrn. v. Brodowski den Tendenzen der Liga polska geradezu Vorschub leistet, — als ob in solcher Sache irgend eine einzelne Person Garantien zn gewähren, — als ob der Schütze dem Pfeil, den er entsendet, das Ziel zu setzen vermöchte! — Vorgestern hat sich denn auch das in der hiesigen ganz deutschen Gegend bemerkenswerthe Faktum ereignet, daß auf dem dem Hrn. v. Brodowski gehörigen Gute Geyersdorff wirklich die Liga konstituirt worden ist. Man hat dieß durch folgendes Manöver zu Stande gebracht: Nachdem lange davon gesprochen worden, daß es doch recht gut wäre, wenn Polen und Deutsche einig lebten, und daß man einen Verein gründen möge, der diese Einigkeit herbeiführe, ließ der hiesige Kreissekretär Marynowski ungefähr 20 hiesige Bürger durch ein Circulär nach Geyersdorff bestellen. Die guten Leutchen gehen ruhig hin, hören viel von Vereinigung, vergewissern sich, ob auch der Verein nichts Politisches bezwecke und unterschreiben sich dann. Heut hat ein guter Theil bereits den Katzenjammer, nachdem sie über die eigentlichen Tendenzen der Liga aufgeklärt worden.

▭ Wronke, den 7. Nov. Die Liga polska belebt unsere Umgegend eben so wie im März und April d. J. — Die bekannten Mittel werden angewendet, um das Bauernvolk zu fanatisiren. Der Gutspächter Matuszewski in Neudorf ist Wortführer in den gewöhnlich Abends stattfindenden Bauern-Versammlungen. In einer seiner Reden hieß es unter Anderm: „Wir müssen nur recht zusammen halten; wenn wir es durchsetzen, die Deutschen zu vertilgen, so gehört uns das Land und dasselbe soll dann Euch (den Bauern) zugetheilt werden.“ Wenn man das kecke Auftreten der hier wohnenden und verkehrenden Polen betrachtet, wenn man die Zuversicht beobachtet, mit welcher sie, auf irgend einen kräftigen Hinterhalt gestützt, gegen das Deutschthum agiren, so wird man darin dieselben Wetterzeichen finden, die den Entladungen im April und Mai d. J. vor-

angegangen sind. Auch der Deutsche seinerseits zeige sich desto wachsamer und thätiger.

CC Berlin, den 8. November. Wirthaus, der Abgeordnete des Kreises Iserlohn für Frankfurt ist, weil er mit der äußersten Linken stimmte, von seinen Wählern zurückberufen worden und hat sein Amt niedergelegt. — In Betreff der Petition, die Diäten der Abgeordneten auf 1 Rthlr. zu ermäßigen, ein neues Wahlgesetz zu erlassen und die Versammlung aufzulösen, wurde leider zur Tagesordnung verwiesen. — Die Abgeordneten der westlichen Provinzen sind nicht der Ansicht, den (übrigens noch vieler Verbesserungen fähigen) ministeriellen Entwurf wegen Einführung einer Einkommensteuer zu unterstützen, bevor nicht die von den westlichen Provinzen seit länger denn 30 Jahren erstrebte Ausgleichung der Grundsteuer herbeigeführt ist. — In dem Frühstückssaale der Linken hörte man heute Morgen die Besorgniß aussprechen, das neue Ministerium werde morgen eine Königl. Botschaft bringen, welche die Versammlung vertagt und nach 14 Tagen nach Brandenburg wieder einberuft. Man nannte es einen Staatsstreich. — Seit dem 1sten d. Mts. erscheint hier ein neues Blatt: „Der Freischärler", unter der Redaktion der bekannten Mad. Aston. Einem, übrigens noch unverbürgten Gerüchte zufolge soll ein, enge mit dieser Schriftstellerin befreundeter Abbé und Abgeordneter die Leitung des Feuilletons für Theater und Kunst ꝛc. übernommen haben. — Der Abgeordnete Temme soll bei Gelegenheit seines heutigen Dringlichkeits-Antrages ausgerufen haben: „Die Linke bedarf keines Schutzes! — Sie protestirt gegen die bewaffnete Macht!" — „„Wie so manch Einer gegen die Polizei protestirt"", soll ein benachbarter Rechter geantwortet haben.

— Das 8. Bataillon der Bürgerwehr hat nicht, wie berichtet worden, den Gehorsam aufgesagt, auch nicht bemerkt, nur in seinem Bezirke die Ruhe aufrecht erhalten zu wollen, sondern hat den Magistrat ersucht, dasselbe so lange von dem Dienste zu entbinden, bis seine Angelegenheit mit Herrn Rimpler auf eine für dasselbe ehrenvolle Weise erledigt sein wird. Inzwischen wollte das Bataillon den Magistrat als seinem Vorgesetzten gehorchen und zu jedem Dienste bereit sein, den diese Behörde ihm auferlegen würde. Bereits ist die Vermittelung im Gange und wird baldigst zu Stande gebracht sein.

— Eine große Anzahl Flüchtlinge ist aus Wien hier bereits eingetroffen, und noch größere Zuzüge werden täglich erwartet. Welches Verhältniß die Behörden ihnen gegenüber einnehmen werden, ist noch nicht bekannt. Vorläufig haben sie dieselben ignorirt. In einigen Clubs ist es bereits zur Sprache gebracht worden, die unglücklichen Flüchtlinge sowohl gegen etwaige Auslieferungs-Requisitionen als auch gegen materielle Noth zu schützen.

— Es ist bekannt, daß Herr Johann Jakoby vorgestern Abend einen Fackelzug und zwei Fahnen erhalten hat. Minder bekannt dürfte sein, daß diesem Fackelzug sofort eine Katzenmusik gefolgt ist.

— Die Voss. Ztg. erzählt: Bei den traurigen Vorfällen, welche sich am Abend des 31sten v. M. vor den Thüren der National-Versammlung zugetragen haben, ist auch ein Exceß vorgekommen, welcher ein besonders klares Bild von der Anarchie liefert, die an jenem Abend bei uns geherrscht hat: Ein Unterbeamter des auswärtigen Ministeriums erhielt am Abend des 31sten gegen 9 Uhr den Auftrag, eine so eben aus Wien angekommene Depesche dem gerade in der National-Versammlung befindlichen Minister Dönhof zu überbringen. Der Beamte kömmt vor der National-Versammlung an, findet dieselbe aber von der tobenden Menge umgeben und namentlich jede Thüre mit Fackelträgern von wildem Ansehen und von Männern mit Stricken in den Händen besetzt. Es ist ihm völlig unmöglich, irgendwo einen Eingang zu gewinnen. Endlich kommt er an die unter der großen Freitreppe befindlichen eisernen Gitter, bei welchen er eine Anzahl Blusenmänner vorfindet, die dort eine ordentliche Wache organisirt haben. In dem Wahne, daß er es hier vielleicht mit Wächtern des Gesetzes zu thun habe, bittet er um Einlaß und verkündet, als man ihn nach seiner Legitimation fragt, harmlos seinen Auftrag. Kaum hat er aber die verhängnißvollen Worte gesprochen, als er die Depesche aus seinen Händen gerissen und sich über die eisernen Gitter hinweg auf die Straße geschleudert sieht. Die Depesche wird von einem bekannten Clubredner sofort aufgebrochen und beim Fackelschein verlesen, sie enthielt unbedeutende Nachrichten aus Wien. Der arme Beamte will, als er sich von seinem Schreck erholt hat, fliehen, aber man verfolgt ihn mit dem Ruf: „Spion und Reaktionair"; ein kleiner bärtiger Kerl wirft ihm eine Schlinge um den Hals und zerrt ihn nieder. Nur durch die Vorstellung, daß er Familienvater und unschuldiger Bote sei, nur durch die Kraft seiner Hände vermag er dem Tode zu entgehen und mit dem Strick um den Hals nach Hause zu eilen. Die Depesche ist bis jetzt noch nicht ermittelt, sondern spurlos verschwunden.

Breslau, den 7. Novbr. Der heute Nachmittag aus Wien erwartete Eisenbahnzug hat sich durch die übergroße Zahl von Passagieren und die mit demselben beförderten Truppen (einige Compagnien nebst einer Raketenbatterie), die nach der ungarischen Grenze bestimmt sind, bedeutend verspätet, weshalb die Reisenden mit einem Extrazuge weiter befördert werden mußten. Einer der Reisenden, der Wien erst gestern Abend verlassen hat und dessen Aussagen wir unbedingt Glauben schenken dürfen, berichtet uns: Robert Blum und Jul. Fröbel sind verhaftet worden; man hat 40 Mann und drei sogenannte Vertraute dabei verwandt. Dr. Schütte steht unter dem Schutze des Nordamerikanischen Gesandten, der ihm irgend einen fingirten Posten übertragen hat. Die beiden Haupt-Agitatoren des Studentenkomité's haben den Schutz des Französischen Gesandten in Anspruch genommen, der ihnen Courierstellen übertragen haben soll. Messenhauser ist noch nicht verhaftet. General Bem ist ins Ungarische Lager entkommen. Sonach hat Windischgrätz bis jetzt noch keinen der von ihm verlangten Personen zur Haft gebracht.

Trier, den 5. November. Gestern früh um 8 Uhr haben sich abermals für 17, seit mehreren Monaten ihrer Freiheit beraubte Personen, lauter junge Männer aus den hiesigen Landgerichtsbezirken, die an den Aprilunruhen in Paris und an dem Herweghschen Einfall in Baden Theil genommen hatten, die Kerkerthüren geöffnet. Sie waren bekanntlich von Baden an Preußen ausgeliefert worden, wurden dann unter Prozeß gestellt und von dem hiesigen Landgericht unter dem 12. Oktober zur Verhaftung verurtheilt. Der Appellationsgerichtshof in Köln verordnete jedoch am 31. Oktbr. die sofortige Freilassung. Alle sind Handwerker, oder Tagelöhner. Jemand, welcher wegen Widersetzlichkeit gegen Beamte, die seinen Bruder verhaften wollten, selbst verhaftet wurde, ist vor das Zuchtpolizeigericht gestellt worden.

Düsseldorf, den 4. November. Heute und gestern fanden hier im Hause der Gräfin Hatzfeld sehr ernste Scenen zwischen dieser und der Polizei statt. Die letztere wollte den steckbrieflich verfolgten Redakteur der N. Rh. Z. in dem Hause versteckt wissen und eine Haussuchung anstellen. Die Gräfin unterstützt von ihrem getreuen Lassalle widersetzte sich mit Berufung auf die Habeas-corpus Akte, und die Polizei, mußte wie es scheint, gestern weichen. Am Abend versammelte sich nun eine Anzahl handfester Kerle, um der Hatzfeld für ihren Löwenmuth ein Vivat zu bringen, und wie die N. Rh. Z andeutet, hätte sich der H. Bürgers unter solchem Schutz anderswohin begeben. Heut früh fand nun ein neuer Versuch der Haussuchung statt, welchem sich die Gräfin jedoch wiederum widersetzte, weil kein richterlicher Befehl vorliege. Die Sache schwebt noch.

Schwerin, den 6. November. Unsere junge Kammer hat am 4. ihren ersten Sturm erlebt, und zwar über die Frage: ob die Versammlung mit einem Mitgliede über die Hälfte oder über $\frac{2}{3}$ beschlußfähig sein solle? Als abgestimmt werden sollte, verließ die gesammte Rechte den Saal, so daß der Rest nicht mehr beschlußfähig war, und die Linke wie ein Mann sich erhob und rief: „da gehen sie hin, die Volksverräther! da erkennt Ihr Eure Vertreter." Es entstand ein entsetzlicher Tumult, bei welchem man sich für permanent erklären, eine Volksversammlung bilden wollte ꝛc. Endlich schloß der Präsident die Sitzung.

Bernburg, den 4. Nov. Ein Extrablatt zum Regierungsblatte enthält außer einem Herzogl. Erlaß, dem zufolge das bisherige Staatsministerium entlassen und der Geheime Regierungsrath v. Krösigk unterm 3. Nov. d. J. mit der einstweiligen Führung der Ministerialgeschäfte beauftragt worden ist, folgende Proklamation: „An Meine geliebten Anhalt-Bernburger. Meinen geliebten Anhalt-Bernburgern ist gewiß bekannt geworden, daß der Landtag die Berathung des Verfassungsgesetzes beendigt hat, und daß Mir dasselbe nunmehr zur Genehmigung und Vollziehung vorgelegt werden wird. Durch mehrere vom Landtage gefaßte Beschlüsse hat der demselben vorgelegte Verfassungsentwurf Bestimmungen enthalten, zu denen Ich nach den Mir obliegenden Pflichten für das Land und für Mein Herzogliches Haus, die landesherrliche Sanktion nicht ertheilen kann. Ich habe daher, in Hinblick auf anderwärts vorgekommene Vorgänge, und da Mir bekannt ist, daß auch in Meinem geliebten Anhalt-Bernburg sich schroff entgegenstehende Parteien gebildet, zur Vermeidung etwaiger bedauerlicher Konflikte, vorläufig Meinen Aufenthalt allhier genommen. Zugleich setze Ich Meine geliebten Anhalt-Bernburger davon in Kenntniß, daß Se. Kaiserliche Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser wiederholt um schleunige Absendung eines Reichs-Commissairs ersucht worden ist, und ein baldiges Eintreffen desselben mit Grund erwartet werden kann. Sollte Ich indessen die Ueberzeugung erhalten, daß Ich ferner zum wahren Wohle Meines geliebten Anhalt-Bernburgs nicht mehr zu wirken im Stande sei, so würde Ich es als Meine Pflicht erachten, die Regierung niederzulegen, und auch durch dieses, wenngleich mit blutendem Herzen gebrachte Opfer Meine dem Lande stets gewidmete landesväterliche Fürsorge zu bethätigen. Ich vertraue, daß alle Bewohner des Landes die Entwickelung der jetzigen Zustände mit Ruhe und Besonnenheit abwarten und Mir die vielfach bewiesene Treue und Anhänglichkeit auch ferner stets bewahren werden. Quedlinburg, den 2. November 1848. Alexander Karl, Herzog zu Anhalt."

Dessau, den 2. Nov. Durch Privatbriefe erhalten wir Nachricht von den mannichfachen unwahren Gerüchten, die im Auslande bezüglich der Sanktion unserer Verfassung und des Verhältnisses unsers Ministeriums zum Herzog von einer leicht zu errathenden Partei verbreitet sind. Wir können versichern, daß der Sanktion der Verfassung nicht die geringste Störung der Ruhe vorausgegangen ist und daß noch weniger irgend eine Volksdemonstration stattgefunden hat, um den Herzog zur Sanktion zu bestimmen; wir wissen vielmehr selbst aus dem Munde der unmittelbarsten Umgebung des Herzogs, daß das unbegrenzte Vertrauen des Herzogs zu dem Ministerium ihn zur Sanction bewogen haben. Die Nachricht über eine Spannung zwischen dem Ministerium und dem Herzoge sind rein erdichtet, jenes besitzt in demselben Maße das Vertrauen des Herzogs wie des Volks. Zu jenen Gerüchten hat man den Umstand benutzt, daß der Landtag und das Volk in den Tagen am 28. und 29. Oktober, als die Sanktion der Verfassung zweifelhaft erschien, dem Ministerium durch unbedingtes Vertrauensvotum ꝛc. laut seine unerheuchelte Anhänglichkeit zu erkennen gab, weil man fürchtete, daß dasselbe abtreten würde, und in diesem Falle wäre allerdings ein allgemeiner Aufstand des Volks zu fürchten gewesen, es ist jedoch dabei eine Demonstration gegen den Hof durchaus nicht im entferntesten vorgekommen. (D. A. Z.)

Dessau, den 6. Nov. (Magd. Z.) Gestern wurde unser Constitutionsfest gefeiert. Am Tage vorher war es eingeläutet und den Kindern sämmtlicher Schulen durch Freitheater eine Freude bereitet worden. Den Sonntag früh riefen die Reveille und der Donner der Kanonen zur Freude, und der Himmel begünstigte das Fest, er war heiter geworden und blieb es. Für die Auswärtigen waren an diesem Tage freie Dampfwagen-Extrazüge von und nach Cöthen und Roßlau; die letzten fuhren erst um ½11 Uhr Abends wieder zurück; von Cöthen allein waren gewiß über 3000 herübergekommen. Nach der kirchlichen Feier, die in allen Gotteshäusern, auch in der Synagoge, stattfand, versammelte sich das Militair, die ganze Volkswehr, die Behörden und eine unabsehbare Menschenmenge auf dem Markte, wo nach einer Rede des Ministers Habicht die Anwesenden unter Glockengeläute und Kanonendonner die Hände erhoben und der Verfassung Treue gelobten. Nach-

mittags war trotz der kalten Witterung ein stark besuchtes Volksfest im Freien; dann Theater (Wilhelm Tell) und Abends eine äußerst glänzende Illumination. Dann war in wenigstens 10 Lokalen freier Tanz für Jeden, wer kommen wollte, und es kam auch wirklich Reich und Arm, Jung und Alt, und Alles wogte in bunten Gemisch in größter Einigkeit und jubelnder Lust durch einander bis zum späten Morgen. Und trotz alledem ist den ganzen Tag über auch nicht eine Störung oder Ungehörigkeit vorgekommen. Ueberall die musterhafteste Ordnung.

Rudolstadt, 3. Nov. Gestern rückte ein Bataillon sächsischer Schüzzen unter Major von Reizenstein hier ein. Auf dem Lande liegt Cavallerie und Artillerie. Die Leute benehmen sich musterhaft und erwerben sich bald das Vertrauen ihrer Wirthe. Auch der Reichscommissar v. Mühlenfels ist seit einigen Tagen hier. Unser Landtag wollte erst energisch gegen jedes Einrücken fremder Truppen protestiren, besann sich jedoch eines Andern.

Frankfurt, den 5. Nov. Der Prinz Adalbert von Preußen sucht sich auf dem Wege des gesellschaftlichen Verkehrs mit den Hauptpersonen der Nationalversammlung bekanntzumachen. Alle, welche den Prinzen kennen, sprechen mit größter Hochachtung von ihm, und rühmen besonders seine Bescheidenheit. — Wegen der langen Abwesenheit aus der Heimath erklären sich viele Abgeordnete zum Austritt bereit; man bemerkt überhaupt eine gewisse Abspannung. — Die Deutsche reformirte Kirche, in welche die Sitzungen der Nationalversammlung verlegt werden, ist ein einfaches Gebäude, ohne Thurm, auf dem Kornmarkt, aber für den Zweck sehr geeignet. — Am 6. wird hier der landwirthschaftliche Congreß eröffnet.

† Frankfurt a. M., den 5. November. Morgen verläßt das Parlament auf einige Wochen die Paulskirche, die jetzt heizbar gemacht wird, und bezieht die deutsch-reformirte Kirche. Gott gebe, daß das Wort reformirt eine günstige Vorbedeutung habe. Der Gang der parlamentarischen Verhandlungen wird und muß durchaus ein ruhigerer und mehr würdevoller als bisher werden. Zu der bisherigen Unruhe hat die mangelhafte Beschaffenheit des Versammlungslokals und die Art und Zahl der Zuhörer sehr viel beigetragen. Außerdem fehlte es an einem Disciplinargesetz, was jetzt im Entwurf fertig ist und nächstens berathen werden soll. Der Präsident wird dadurch hoffentlich die Mittel bekommen, dem tumultuarischen und oft beleidigenden Benehmen einzelner Mitglieder mit Erfolg entgegen zu treten. — Allgemein ist man auf die morgende Erklärung der Minister in der Posener Angelegenheit gespannt. Man sieht überhaupt hierbei sehr wichtigen Debatten entgegen. — Von dem Entwurf der Reichsverfassung wird nächstens ein neuer Abschnitt, nehmlich der über das Reichsparlament (Volkshaus und Staatenhaus) mit den Bestimmungen über den künftigen Wahlmodus bekannt gemacht werden. Es fehlt alsdann nur noch ein Abschnitt der Verfassung, nehmlich der vom Reichsoberhaupt.

RH Frankfurt, den 6. Novbr. Die Antwort des Herrn Reichsminister von Schmerling bezüglich der Interpellation wegen des Beschlusses der Berliner Landesversammlung in der Posener Frage lautete höchst energisch. Nachdem er kurz und scharf den ganzen Sachverhalt dargestellt und auseinandergesetzt hatte, wie der Berliner Beschluß vom 23. Oktober, dem Abgrenzungsbeschlusse der National-Versammlung vom 27. Juli entgegen, die Ausschließung des ganzen „Großherzogthums“ Posen als selbstständige Provinz mit eigener Verfassung in Aussicht stelle, erklärte er: „Auf die Kunde der großen und gerechten Aufregung unter der Bevölkerung von Deutschposen habe das Reichsministerium den entschiedenen Beschluß gefaßt, daß unverzüglich mit der Demarkationslinie vorgegangen und somit alle Bedenken beseitigt werden müßten.“ Zugleich hat das Reichsministerium der Regierung in Berlin eröffnet, daß es den Beschluß der Berliner Versammlung vom 23. Oktober, da er mit den Beschlüssen der National-Versammlung vom 27. Juli in Widerspruch stehe, als nicht ergangen betrachte, sich dadurch nicht im mindesten beirren lasse, und sofort den General Schäfer als Reichskommissarius entsenden werde. Damit, erklärte Herr v. Schmerling sei der Beschluß der Berliner Versammlung an und für sich beseitigt; übrigens sei es auffallend, daß die Partei, welche bei entgegengesetzten Fragen die Omnipotenz der National-Versammlung und der Centralgewalt stets so sehr hervorgehoben, nunmehr im Einklang mit den ihr entsprechenden Parteien anderer Versammlungen ihr auf alle Weise entgegenzuarbeiten suche.

Der auf diese Beantwortung gestellte dringliche Antrag des Abgeordneten Jordan von Berlin, welcher dahin lautet: „daß obgleich durch den Werner-Raveauxschen zum Beschluß erhobenen Antrag (vom 28. Mai) die Sache schon feststehe, sich doch die National-Versammlung veranlaßt finde zu erklären, daß jede ihren Beschlüssen entgegenstehende Beschlußnahme einzelner Landesversammlungen als null und nichtig, erforderlichenfalls als Auflehnung zu betrachten sei,“ wurde als dringlich erklärt und auf die morgige Tagesordnung gesetzt.

In den Clubs liegt die Sache gegenwärtig so, daß man über den Jordanschen oder einen ähnlichen noch zu stellenden Antrag, unter vollkommener Billigung der Maßregeln der Centralgewalt, und unter Erklärung, daß man zur Krone Preußen das Vertrauen habe, daß sie den Beschluß der Berliner Versammlung, als denen der Deutschen National-Versammlung entgegenstehend, nicht sanctioniren werde, in Betracht ferner, daß die Beschlüsse der National-Versammlung vom 28. Mai keiner Erneuerung bedürften, zur motivirten Tagesordnung übergehen will. Dies dürfte morgen wirklich zur Ausführung kommen, wenn nicht die gemeinsame Behandlung dieser Sache mit dem Competenzkonflikt, der die Sächsische Kammer betrifft, zu einer noch schärferen Fassung führt.

Vom Bodensee, den 30. Okt. Zu Vaduz, im Fürstenthum Lichtenstein, sind Volksbewegungen ausgebrochen. Die Beamten und das Militair wurden verjagt, und es sollen sich 8—900 Mann Freischaaren aus Montafun, Graubündten ꝛc. gesammelt haben, welche einen Einfall nach Vorarlberg beabsichtigen. Die österreichischen Truppen in Bregenz besetzten sogleich die Grenze, wodurch die Freischärler, die vorzugsweise aus einer Schmugglerbande bestehen sollen, von einem Einbruch in das österreichische Zollgebiet abgehalten wurden. Weitere Ereignisse haben bis jetzt nicht stattgefunden. Die deutsche Republik ist in Vaduz noch nicht proklamirt.

Wien, den 5. Novbr. Die in Wien aufgefundenen Soldaten, welche sich mit der Bitte um Pardon ergaben, wurden im Schwarzenberg'schen Garten füsilirt. — Als Revange dafür, daß die Studenten am 6. Oktober den Hut eines getödteten Generals durch die Straßen getragen hatten, steckten die Jäger den Calabreserhut auf ihre Bajonetspitzen und trugen ihn durch die Brigittenau. — Als Messenhauser das Wiener Volk über die Unmöglichkeit, die Stadt zu behaupten, enttäuschte, wandte sich die allgemeine Wuth gegen ihn, als einen Verräther und falschen Propheten. Sein Leben war in den letzten Augenblicken in Wien sehr gefährdet. — Eine freudige Ueberraschung ward uns zu Theil, als wir eine faktische Milderung des Belagerungszustandes darin erblickten, daß die Wiener Zeitung heute schon nebst dem amtlichen auch den nichtamtlichen Theil enthielt.

Prag, den 5. Novbr. Ueber die Flucht des Kaisers erzählt nachträglich das „Constit. Blatt a. Böhmen“ folgenden Zug: Die Scharfschützen ließen es sich nicht nehmen, neben dem Wagen des Kaisers zu marschiren, und wenn er auch schneller fuhr, trabten auf jeder Seite acht Mann mit scharfen Ladungen einher. In Eggenburg kamen die Mädchen entgegen, alle mit schwarz-gelben Bändern geziert; aller Orten aber drängten sich die Bauern an den Wagen, denen der Kaiser in seiner schlichten und herzigen Weise sagte: „Kinder, was ich versprochen hab', das halt' ich, Robott, Zehent und das Andere hat aufgehört; ich hab's sanctionirt, unterschrieben, und dabei bleibt's; Euer Kaiser gibt Euch sein Wort drauf; und glaubt's dem Kaiser, ich mein's gut mit Euch; aber in Wien gibt's Leut', die's nicht gut mit mir meinen und die Euch auch verführen wollen, und da kann ich mir nicht helfen, ich werd' leider Militair hinschicken müssen u. s. w.

Troppau, den 3. Nov. Im Laufe des vorgestrigen Tages ist das Schloß des Grafen Arco in Gotschdorf angegriffen und geplündert worden. Die Nationalgarde aus Jägerndorf eilte zu Hülfe, wurde aber zurückgeschlagen und hierbei ein Mann derselben erschossen. Ueber die Veranlassung dieser Emeute hörten wir Folgendes: Am 1. Nov. waren mehrere Bauern in der Amtsstube versammelt, als die offizielle Nachricht von der Uebergabe Wiens ankam. Nachdem selbe der Graf Arco vorgelesen, soll er sich Ausdrücke bedient haben, welche die Bauern glauben machten, daß alle durch Se. Majestät schon sanctionirte Rechte gefährdet seien. Sie versammelten sich in großer Menge, man sagt an 6—800, und zogen gegen das Schloß, um sich der Person des Grafen zu bemächtigen. Dieser, davon benachrichtigt, wollte sich entfernen, aber angehalten, fiel ein Schuß vom Wagen aus, der einen Nationalgarden-Tambour niederstreckte; dieser Schuß wurde erwiedert und der Graf verwundet auf das Schloß zurückzukehren gezwungen, wo er in der Gewalt der Menge sich befindet. Außer zerschlagenen Fenstern und Thüren sollen noch keine Eigenthumsverletzungen vorgekommen sein. Eine Untersuchungs-Commission ist von hier nach Gotschdorf abgegangen; möge es ihr gelingen, größeres Unheil abzuwenden und den Gesetze bei Jedem, der es verletzte, seine gebührende Geltung zu verschaffen.

Ausland.

Frankreich.

National-Versammlung. Sitzung vom 4. November. Marrast nimmt um 1 Uhr den Präsidentenstuhl ein. Die Bänke sind aber noch sehr leer. Dufaure, Minister des Innern, dringt auf Abstimmung über einen Gesetz-Entwurf, der die Stadt Nancy zu Selbstbesteuerungen ermächtigt, um Kapitalien behufs Beschäftigung ihres Proletariats aufzutreiben. Wird genehmigt. Gleich Nancy wird auch der Stadt Avignon das Recht der Selbstbesteuerung zur Beschäftigung ihres Proletariats bewilligt. Marrast verliest eine Botschaft vom Conseils-Präsidenten Cavaignac, worin er der Versammlung anzeigt, daß er seinen Schwadronschef Coffinières (aus dem Genie-Corps) ermächtigt habe, den Verhandlungen über das rektifizirte Budget von 1848 (Abschnitt Kriegs-Ministerium) beizuwohnen. Coffinières ist nicht Deputirter. Die Versammlung geht nun zur eigentlichen Tagesordnung über, nämlich zur Beendigung der zweiten Verfassungsdebatte oder Revision der Verfassung. Man war gestern bis Art. 91. gerückt und debattirte heute wegen einiger unbedeutender Zusätze, die im Laufe der gestrigen Debatte an die Kommission gewiesen worden waren. Nach Erledigung derselben wurden die Artikel 91. u. s. w. bis zum letzten Artikel, der jetzt die Zahl 115 trägt, ohne erhebliche Diskussion angenommen. Larabit trägt bei Artikel 115 darauf an, den Präsidenten der Republik noch vor dem 10. Dezember zu wählen, um so rasch als möglich aus dem Provisorium zu kommen. Handel und Gewerbe lägen schrecklich darnieder. (Stimmen: Nein! Nein! Zum Schluß!) Marrast: So lasse ich zur Abstimmung über den Gesammt-Verfassungsentwurf schreiten. Zahl der Stimmenden 769; absolute Mehrheit 385; für Annahme der Verfassung 739; gegen dieselbe 30. Die ganze äußerste Linke stimmte nicht mit. (Bewegung im Saale.) Dufaure, Minister des Innern, verschafft sich Gehör und schlägt der Versammlung die Anordnung eines Freudenfestes zur Feier der Annahme und Promulgation der Verfassung vor. (Ja! Ja! zur Rechten. A bah! vom Berge.) Der Minister trägt darauf an, sich sofort in die Abtheilungen zurückzuziehen, um seinen Antrag zu prüfen. Dies geschieht, und die Sitzung wird schon um 4 Uhr 25 Minuten geschlossen.

— Die orientalische Gesellschaft in Paris hat die merkwürdige Entdeckung eines Stammes im Sudan, in der Richtung nach Abyssinien hin, gemacht, dessen Angehörige ein Mitteldung von Mensch und Affen sind. Sie heißen Hyghlans, zeichnen sich namentlich durch eine zwei bis drei Zoll betragende Verlängerung des Rückgrats, also einen kurzen Schwanz, lange und hohe Ohren, gedrückte Stirn, schmächtige Beine und lange hängende Arme aus. Die Haare

sind schlicht, nicht kraus wie bei den anderen Afrikanern. Daß sie Menschen sind, beweist die Sprache; viele von ihnen lernen arabisch.

— Louis Bonaparte lebt versteckt mit Madame Gordon in einem Landhause, und verläßt dasselbe nur, um sich auf Umwegen für wenig Augenblicke in die Nationalversammlung zu begeben. Der große Mann sieht überall Mörder und gezückte Dolche.

— Der Minister des Innern, Dufaure, hat im Moniteur unter dem 2. d. ein Rundschreiben an sämmtliche Präfekten erlassen, aus welchem wir folgende Stelle entnehmen: „Herr Präfekt! Ich mache Sie auf einen Feind aufmerksam, den Sie eifrig bekämpfen müssen: nämlich die Theilnahmlosigkeit der Wähler. Sie werden Denjenigen, welche ein fataler Indifferentismus von der Urne fern hält, zu verstehen geben, daß sie sich eines Vergehens schuldig machen gegen sich selbst und ihr Vaterland. In einem Augenblick, wo eine schlechte Wahl (Louis Bonaparte, Ledru Rollin oder Raspail?) Alles in Frage stellen kann, was die National-Versammlung seit sechs Monaten im Interesse der Ordnung und der Freiheit geschaffen; die ganze gesellschaftliche Ordnung ohne Vertheidigung so furchtbaren Stürmen von Neuem aussetzen kann, wie die des Monat Juni: in einem solchen Augenblick wäre die Achtlosigkeit und Theilnahmlosigkeit Derer, die ein Recht zum Votiren haben, schwer zu begreifen, und sie würden eine schreckliche Verantwortlichkeit auf sich laden. Dieses haben Sie ihnen begreiflich zu machen u. s. w."

— Gestern sind mehrere Colonisten, die mit dem ersten Zuge nach Algier abgereist waren, und sich dort goldene Berge versprochen hatten, sehr enttäuscht wieder nach Paris zurückgekehrt.

— Gestern war in Batignolles-Monceaux ein socialistisches Festmahl unter dem Vorsitz Hrn. Pierre Leroux's. Ungefähr 1600 Gäste waren anwesend, aber nur zwei Repräsentanten, der Vorsitzende und Hr. Greppo (Seidenweber aus Lyon). Der Expair d'Alton Shee brachte einen Toast auf die schlechten Gewohnheiten aus und bezeichnete als solche hauptsächlich die Vererbung des Eigenthums und des Namens. Mit großer Heftigkeit griff er Carnot, Garnier-Pagès, Cavaignac und Ludwig Napoleon an, die sich sämmtlich auf den Ruhm ihrer Väter oder Brüder stützen. Das Mahl schloß mit einem Toast auf L. Blanc und Raspail, die Opfer der Kerker, die Märthyrer der Freiheit.

Großbritannien und Irland.

London, den 3. Novbr. An der Londoner Universität ist der Lehrstuhl der deutschen Sprache und Literatur durch den Abgang des bisherigen Inhabers, eines Geistlichen, des Dr. Bialloblotzky erledigt.

— Der Friedens-Congreß hat seine, an sämmtliche europäische und amerikanische Regierungen gerichtete Addresse bekannt gemacht und beantragt, die Vermittelung an die Stelle des Kriegs treten zu lassen.

— Nach Berichten aus Tauris vom 13. Septb. ist der neue Schach von Persien, Nasiredde, daselbst proklamirt worden und am 18. Septemb. in Begleitung des brittischen Konsuls zu Teheran, Herrn Abbott, und des Russischen Gesandtschafts-Attaché, Guriew, mit Eskorte von 10,000 Mann Reiter und 7000 M. Infanterie mit 24 Kanonen nach Teheran abgegangen, nachdem er zuvor unter der Bürgschaft des brittischen Konsuls Steven zu Tauris eine Anleihe von 10,000 Pfd. St. aufgebracht. Er traf eben noch zu rechter Zeit in Teheran ein, als der angeblich Russisch gesinnte Minister Mirza Agassin einen seiner jüngeren Brüder auf den Thron setzen wollte. Der Minister wurde sogleich durch Mirza Taki ersetzt. Die Pforte hält einen andern Prätendenten, Namens Ali Schach, zu Kerbelah unter Aufsicht.

— Von Plymouth sind vorgestern auf einem Irländischen Schiffe 165 junge Frauenzimmer, sämmtlich der dienenden Klasse angehörig, unter Obhut der von den Auswanderungs-Kommissionen angestellten Matronen nach Sydney in Australien eingeschifft worden; Südaustralien gilt jetzt als das Eldorado für Dienstboten und Arbeiter.

Schweiz.

Chur, den 31. Okt. Der vereinzelte Aufstand in Veltlin und am Comer-See hat, wie leicht vorauszusehen war, ein klägliches Ende genommen. 4000 Oesterreicher sind nach dieser Gegend beordert worden; einstweilen wissen wir nur, daß man in Cleven stündlich dem Einrücken eines Theils dieser Truppen entgegensah, und daß beinahe sämmtliche Bewohner geflohen sind. Die „Mailänder Zeitung" hat bis zum 28. des ganzen Vorgangs noch mit keiner Sylbe erwähnt.

Italien.

Rom, den 22. Oktbr. Der Papst geräth wegen Ausbreitung des Protestantismus in Italien, namentlich auch in Rom, in Sorgen. Er hat sich darüber bereits in der Rede bei einer Seligkeitssprechung ausgesprochen.

Rom, den 24. Okt. Man ist hier wieder in großer Aufregung gegen die Oesterreicher. Die dreifarbigen Kokarden wurden wieder aufgesteckt, es sind binnen 2 Tagen nicht weniger als 30,000 mittelalterliche Baretts mit der weißen Feder verkauft worden und alles verlangte Krieg gegen Oesterreich. In dem Ghetto, welches jetzt nicht mehr abgesperrt werden kann und in dem Mancher die alten Eisengitter zurückwünscht, ist es zwischen den Juden und dem gegen sie aufgewiegelten Volk zu furchtbaren Excessen gekommen. Die Juden vertheidigten sich gegen das Raubgesindel, welches sie ausplündern wollte, mit wahrhaft klassischer Tapferkeit. Ein eben verbreitetes Flugblatt enthält die, wahrscheinlich ungegründete, Nachricht, daß der König von Neapel auf einer Englischen Fregatte nach Malta entflohen sei.

— In Siena sind am 24. Oktober unruhige Auftritte bei der Ankunft der, man kann sagen fliehenden, Großherzoglichen Familie vorgefallen. Kurz vorher waren mehrere Sienesen aus der Oesterreichischen Gefangenschaft zurückgekehrt, und ihre Freunde hatten beschlossen, zu ihrer Ehre ein Fest zu veranstalten, wobei zugleich eine Petition an den Großherzog um Ernennung eines volksthümlichen Ministeriums unterzeichnet werden sollte. Aber ein Theil des Volks, das man, scheint es, glauben gemacht hatte, die Versammlung wolle die Republik proklamiren, drohte den Festgebern wie den Eingeladenen mit Mißhandlung und hintertrieb so die Vereinigung. Als nun eine große Volksmenge die Großherzogin unter vielfachem „Viva Leopoldo Secondo e Maria Antonietta" empfangen und bis zu ihrem Palaste begleitet hatte, wendete sich ein Theil des Volkes, fast nur aus dem niedrigsten Pöbel bestehend, von neuem gegen die liberale (oder vielleicht besser radikale) Partei, suchte die Einzelnen in ihren Häusern auf und mißhandelte Mehre thätlich, während die Andern gezwungen wurden, theils auf das Land zu entfliehen, theils sich zum Schein von der Bürgergarde verhaften zu lassen. (D. A. Ztg.)

Dänemark.

— Gleichzeitig mit seinem Eintreten in die Reihe der konstitutionellen Staaten Europa's nimmt Dänemark auch eine umfassende Einschränkung in seiner Diplomatie vor. Mit der Zurückberufung der Gesandten und Chargés d'affaires aus Konstantinopel, den Italienischen Staaten, dem Haag, Rio Janeiro und Lissabon ist die gänzliche oder theilweise Aufhebung dieser Legationen verbunden. Besonders zweckmäßig erscheint uns die Verschmelzung des Gesandtschaftspostens im Haag mit dem Brüsseler, sowie des Madrider mit dem Lissaboner. — Kammerherr Lövenörn, der schon im April d. J. seine Residentenstelle bei den Hansestädten niederlegte und sich nach Kopenhagen zurückzog, ist ebenfalls jetzt dieses Postens enthoben. — Im Volke ist die Kriegslust wie es scheint, noch im Steigen und nicht blos von den Dänischen Inseln, sondern auch aus Jütland und Nordschleswig laufen zahlreiche Adressen ein, welche zur Wiederaufnahme des Krieges auffordern.

Ostindien.

Bombayer Zeitungen vom 3. Oktober bringen wichtige Nachrichten. Das ganze Pendschab mit seinen Grenzlanden — Multan, Hazareh, Kaschmir, Nurpur, Peschawer — war im Aufstand gegen die Britische Macht; wenn anders der Ausdruck des uns vorliegenden „Bombay Telegraph and Courier" nicht übertrieben ist. Zuverlässig scheinen jedenfalls drei Thatsachen: in Folge des Abfalls von 5000 Mann Asiaten unter Schir Singh, die zum Mulradsch von Multan übergingen, sah das Englische Heer unter General Whish sich genöthigt die Belagerung dieser Stadt fürs erste aufzugeben, bis weitere Verstärkungen eingetroffen sein würden. Es waren mehrere blutige und für die Engländer vortheilhafte Kämpfe vorausgegangen, in denen sich abermals der Major Edwards auszeichnete; in einem derselben verloren die Engländer 100 Mann Europäer und 180 Spahi, der Feind über 500 Mann an Todten und Verwundeten. Ferner: Gulab Singh, der Maharadscha des gebirgigen Theils vom Penschab und Herr von Kaschmir, hat die Maske abgeworfen und sich als offener Feind erklärt. Drittens: in Folge entdeckter Umtriebe in Lahore selbst waren die Britten genöthigt, den vorigen Königspalast zu besetzen und umfassende militairische Maßregeln zu ergreifen.

Cholera.

Posen, den 9. November. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 5 Personen, gestorben 5.

Marktbericht. Berlin, den 8. November.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 58—62 Rthlr.; Roggen loco 28—29 Rthlr., 82pfd. p. Nov., Nov./Dec. $27\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., 27 G., p. Frühjahr $30\frac{1}{2}$ Rthlr. bez. und G.; Gerste, große, loco 26—28 Rthlr., kleine 25—26 Rthlr.; Hafer loco nach Qualität 17—18 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. 17 Rtlr. Br. Rüböl loco $11\frac{1}{4}$ à $11\frac{1}{6}$ Rthlr. bez. und Br., p. diesen Monat dto., Nov./Dec. dto, Dec./Jan. $11\frac{1}{3}$ à $11\frac{1}{4}$ Rthlr., Jan./Febr. $11\frac{5}{12}$ à $11\frac{1}{3}$ Rthlr., von Februar bis Mai dto.; Leinöl loco $9\frac{1}{2}$ Rthlr, Lieferung $9\frac{1}{2}$. — Spiritus loco ohne Faß $16\frac{1}{4}$ Rthlr. bez. und G., mit Faß 16 G., p. Nov./Dec. 16 Rthlr. Br., $15\frac{3}{4}$ G., pr. Frühj. 18 Rthlr. Br., $17\frac{1}{2}$ G.

Bekanntmachung.

Montag den 13. November d. J. und folgende Tage, früh von 10 bis 1 Uhr und Nachmittags von 3 bis 5 Uhr, werde ich im Auftrage des hiesigen Königl. Land- und Stadtgerichts in No. 4. am Dome den Nachlaß des Kanonikus Frank, bestehend in Möbeln, Wäsche, Kleidungsstücken, Gold und Silber, Küchen-, Haus- und Wirthschafts-Geräthen, sowie einer auserlesenen Bibliothek, enthaltend sehr werthvolle Werke in polnischer und deutscher Sprache meist geschichtlichen und belletristischen, auch theologischen Inhalts, öffentlich an den Meistbietenden verkaufen.

Posen, den 9. November 1848.

Guderian, O.-L.-G.-Auskultator.

Versammlung des Vereins für König und Vaterland Sonnabend den 11ten November 6 Uhr im Odeum. Tagesordnung: 1) die Ausführung des Bürgerwehrgesetzes; 2) die Sicherstellung der Freiheit der National-Versammlung.